



SRG SSR Wahlbarometer

Hauptbericht – Juni 2019

SRG SSR

sotomo
gesellschaft, politik & raum ■ ■ ■

Auftraggeber

Schweizerische Radio- und Fernsehgesellschaft SRG SSR

Auftragnehmer

Forschungsstelle sotomo
Dolderstrasse 24
8032 Zürich

Autor/-innen:

Michael Hermann
David Krähenbühl
Gordon Bühler

Andreas Ladner, IDHEAP

Zürich, Juni 2019



Inhaltsverzeichnis

1	Aktuelle Wahlabsicht	4
1.1	Grüner Höhenflug hält an	4
1.2	FDP verliert an Schwung	5
1.3	Trend nach links	6
1.4	Gegenläufige Trends in den grossen Sprachregionen	7
1.5	SVP Wahl aus Mangel an Alternativen	8
2	Wichtigste politische Herausforderungen	11
2.1	Europathema wird als weniger dringlich angesehen	11
2.2	Klimathema erstmals wichtigster Wahlgrund	12
2.3	Herausforderungen nach Parteiorientierung	16
2.4	Bei welchen Themen Unzufriedenheit herrscht	17
2.5	«Klimahysterie»?	20
2.6	Regionale Ausprägung	22
3	Profil der Parteiwählerschaften	24
3.1	Demographie: Geschlecht und Alter	24
3.2	Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen	25
3.3	Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen	27
3.4	Ideologische Ausrichtung	28
4	Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten	30
4.1	Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder	30
4.2	Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten	34
4.3	Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte	35
5	Datenerhebung und Methode	39

1 Aktuelle Wahlabsicht

1.1 Grüner Höhenflug hält an

Der grüne Höhenflug hält an. Fünf Monate vor den nationalen Wahlen 2019 steht die Grüne Partei bei einem Wähleranteil von 10,1 Prozent. Gemäss aktueller Wahlabsicht könnten die Grünen das erste Mal in ihrer Geschichte ein zweistelliges Ergebnis erzielen. Sie haben ihr Ergebnis im Vergleich zum letzten SRF Wahlbarometer vom Februar 2019 nochmals verbessert und stehen jetzt bei einem Plus von 3,0 Prozentpunkten im Vergleich zu den Wahlen 2015. Auch die Grünliberalen befinden sich weiterhin im Hoch. 6,4 Prozent der aktiven Stimmberechtigten wollen derzeit die GLP wählen. Dies entspricht dem Wert des letzten Wahlbarometers.

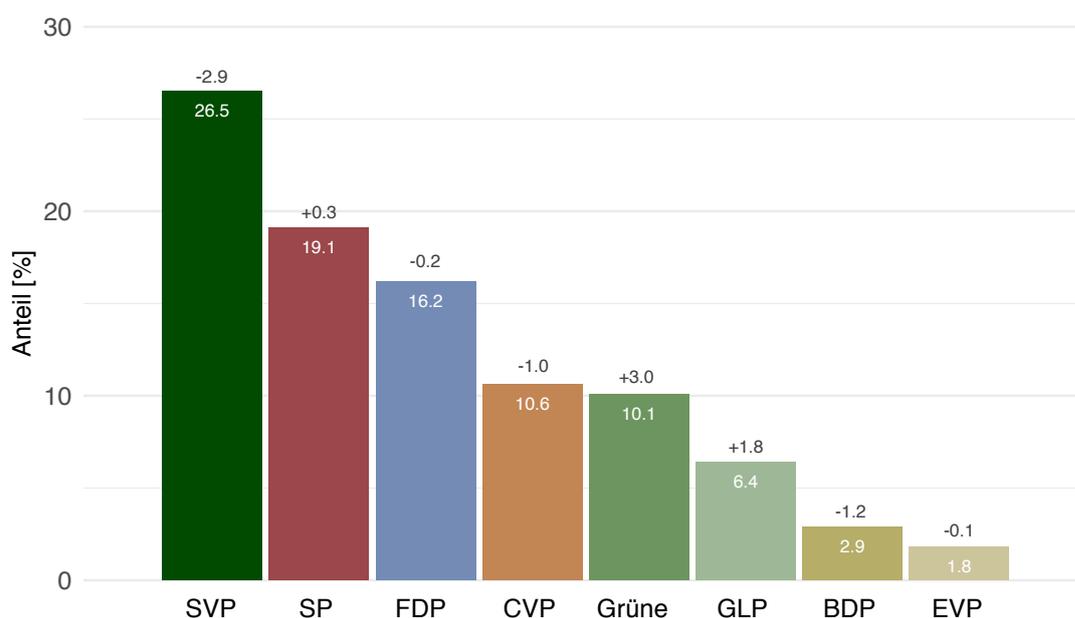


Abbildung 1: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht

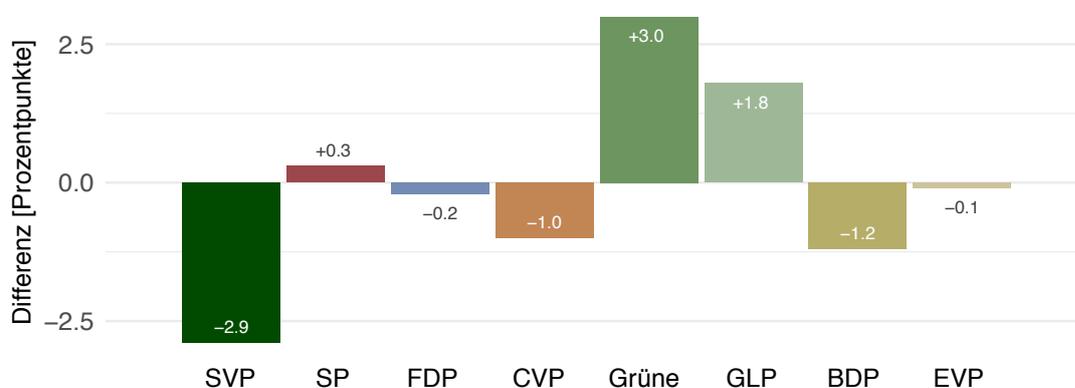


Abbildung 2: Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015

Wenn in der Schweiz die Grünen gewinnen, dann verliert die SP und umgekehrt. Diese Faustregel erhärtete sich schon in der Vergangenheit nicht bei jeder Wahl. Letztmals gewannen bei den Wahlen 2003 sowohl die Grünen als auch die Sozialdemokraten Wähleranteile dazu. Halten die aktuellen Wahlabsichten bis zum Wahltag am 20. Oktober, könnte sich dieses Muster wiederholen. Trotz starkem Zuwachs bei den Grünen liegt aktuell auch die SP mit +0,3 Punkten wieder ganz leicht im Plus. Als 2003 die beiden wichtigsten Kräfte des rotgrünen Lagers letztmals gleichzeitig zugelegt hatten, gewann zugleich die SVP. Polarisierung war der Begriff der Stunde und Christoph Blocher schaffte den Sprung in den Bundesrat. Dieses Mal scheint die Polarisierung eine einseitige Angelegenheit zu werden. Im aktuellen SRG Wahlbarometer verliert die SVP 2,9 Prozentpunkte im Vergleich zu den letzten Wahlen. Mit einem Wähleranteil von aktuell 26,5 Prozent ist die SVP allerdings immer noch klar die stärkste Partei. Aktuell zu den Verlierern gehören neben der SVP auch die beiden Mitteparteien CVP und BDP.

1.2 FDP verliert an Schwung

Im Vergleich zu den früheren Wellen des SRG Wahlbarometers hat insbesondere die FDP an Schwung eingebüsst. Noch im Februar 2019 gaben 17,4 Prozent der Stimmberechtigten an, FDP wählen zu wollen, nun sind es noch 16,2 Prozent. Damit würde die FDP knapp hinter ihr Ergebnis von 2015 zurückfallen. Die Debatten zur Positionierung der Partei in der Klimafrage haben sich negativ auf ihren Formstand ausgewirkt. Weil sich die Sozialdemokraten gleichzeitig gefangen haben, liegt das erklärte Wahlziel der FDP, die SP zu überholen, fast drei Prozentpunkte weg. Enger scheint es aktuell zwischen der CVP und den Grünen zu werden. Die CVP verliert aktuell einen Prozentpunkt und ist damit nur noch einen halben Punkt vor den Grünen.

Wie bei der SVP hat sich auch bei der BDP der negative Trend nochmals leicht verstärkt. Mit einem Minus von 1,2 Punkten liegt sie aktuell bei einem Wähleranteil von 2,9 Prozent. Während die Trendentwicklung der SVP und der BDP (negativ) sowie der Grünen und der Grünliberalen (positiv) sich im Verlauf der Legislatur stetig verstärkt haben, zeigten SP, FDP und CVP eine weit volatilere Entwicklung. Die Schätzgenauigkeit ist vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Strichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

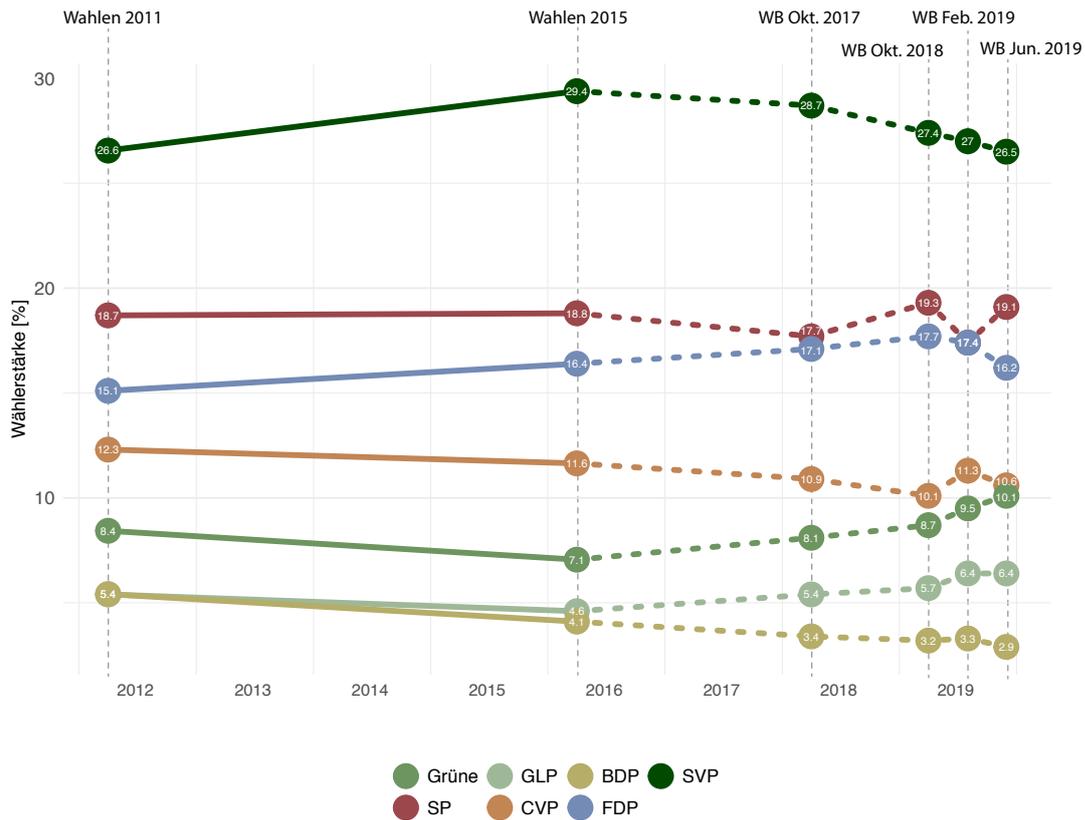


Abbildung 3: Entwicklung der nationalen Wähleranteile (Wahlen 2007, 2011, 2015, SRG Wahlbarometer 2017, 2018, Feb. 2019, Juni 2019)

1.3 Trend nach links

Die Ergebnisse des SRG Wahlbarometers bringen insgesamt eine Verlagerung der Kräfteverhältnisse nach links zum Ausdruck. Die Grünen und die Sozialdemokraten gewinnen aktuell 3,3 Punkte. Einen so starken Zuwachs bei Rotgrün gab es bei den nationalen Wahlen der letzten 30 Jahre nur einmal, nämlich 2003. Gleichzeitig verlieren die beiden grossen Parteien rechts der Mitte, SVP und FDP, zusammen 3,1 Punkte. Bleibt es bis im Herbst bei dieser Konstellation, kommt es nicht nur zu einer grünen Welle, sondern zu einem deutlichen Linksrutsch, der sich auf die Mehrheitsverhältnisse in der grossen Kammer auswirken würde. Insbesondere ist die knappe Mehrheit von 101 Sitzen, welche die SVP und die FDP gemeinsam halten, akut in Gefahr.

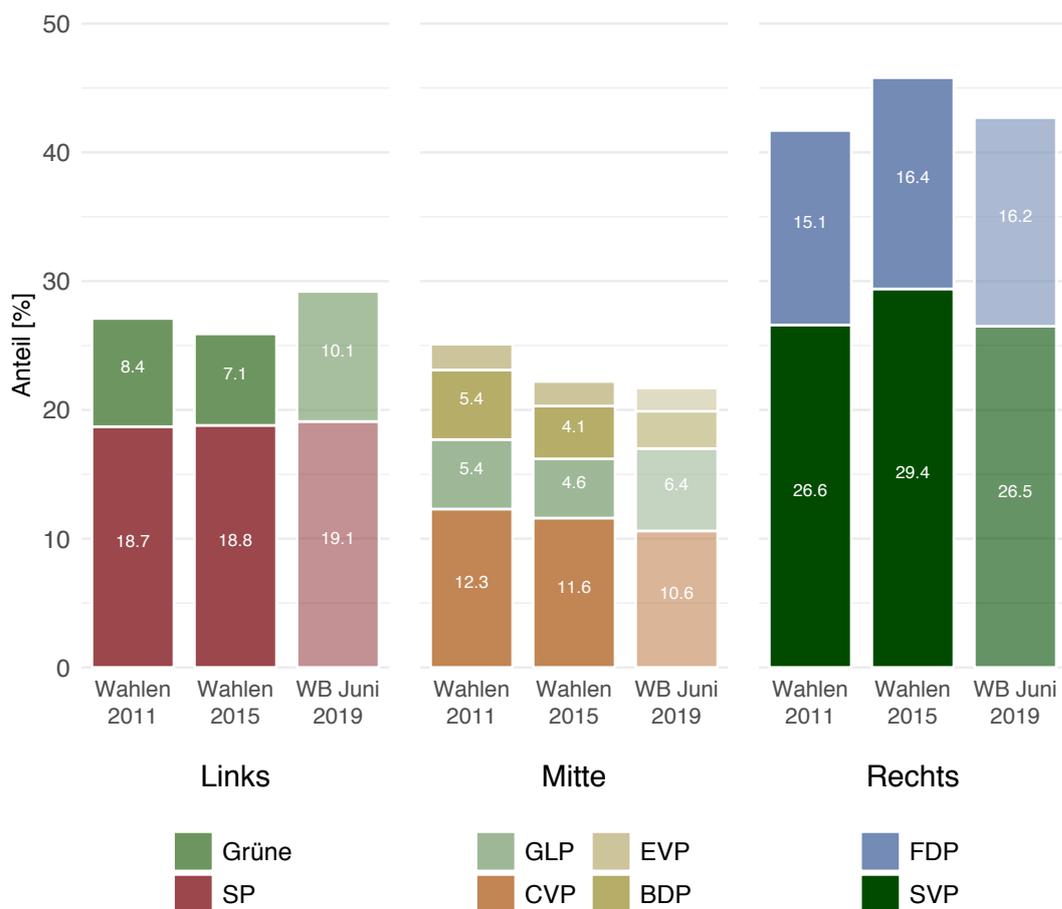


Abbildung 4: Entwicklung der Wähleranteile der drei Lager Links, Mitte, Rechts

In der Mitte kann gegenwärtig die GLP die Verluste der CVP und der BDP nur teilweise kompensieren. Insgesamt resultiert hier ein Rückgang von 0,5 Punkten. Da sowohl die Wählerbasis als auch die Parlamentsfraktion der Grünliberalen – nicht nur in ökologischen Fragen – etwas links der CVP und der BDP positioniert ist, führen die Veränderungen innerhalb der politischen Mitte ebenfalls zu einer leichten Verlagerung nach links.

1.4 Gegenläufige Trends in den grossen Sprachregionen

Der aktuelle Formstand der Parteien unterscheidet sich teilweise erheblich in den beiden grossen Sprachregionen. So legen die Sozialdemokraten in der Deutschschweiz aktuell einen Prozentpunkt zu, während sie in der französischen Schweiz 1,7 Punkte verlieren. Genau umgekehrt verhält es sich bei der FDP, die in der Romandie bei einem Plus von 1,6 Punkten steht, während sie im deutschsprachigen Teil des Landes 0,7 Prozentpunkte verliert. Demgegenüber gewinnen die Grünen in der Romandie und in der Deutschschweiz im Gleichschritt, während die CVP und die SVP auf beiden Seiten des Röstigrabens verlieren. Bei der SVP

sind die Verluste allerdings asymmetrisch. Sie hat in der Deutschschweiz einen deutlich grösseren Wähleranteil und sie verliert hier deutlich mehr.

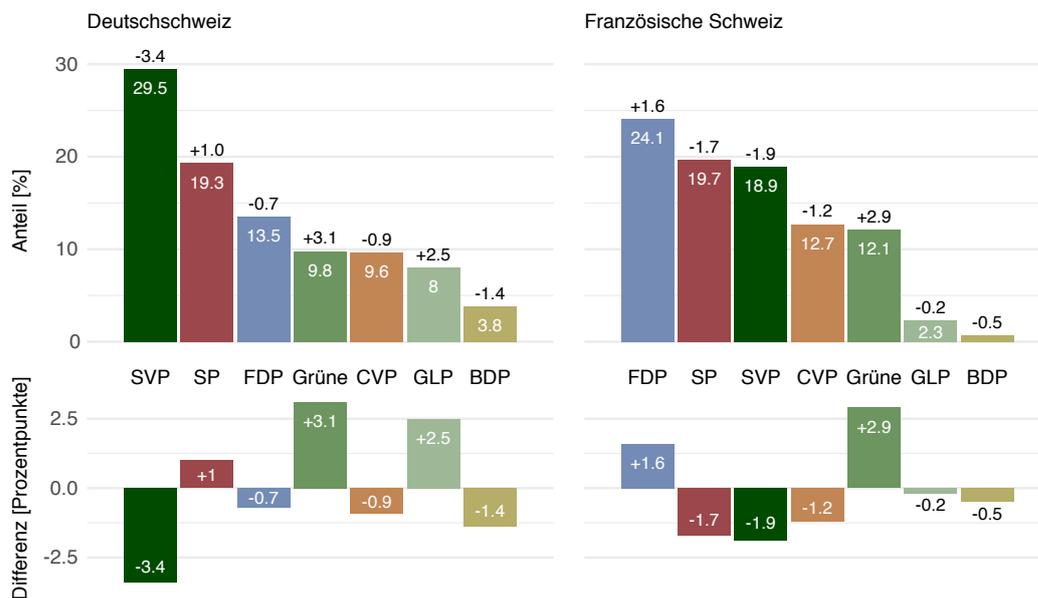


Abbildung 5: Nationale Wähleranteile der Parteien gemäss aktueller Wahlabsicht sowie Gewinne und Verluste im Vergleich zu den Nationalratswahlen 2015 – nach Sprachregion

Das entscheidende Handicap der Grünliberalen im Vergleich zu den Grünen ist, dass sich ihre Hochburgen weitgehend auf die Deutschschweiz beschränken. Trotz Höhenflug in der Deutschschweiz verliert die GLP in der Romandie gemäss aktueller Wahlabsicht 0,2 Punkte, und dies auf ohnehin schon tiefem Niveau. Noch ausgeprägter ist die BDP ein Deutschschweizer Phänomen. Weil sie in der Romandie wenig zu verlieren hat, konzentrieren sich ihre Verluste auf die Deutschschweiz. Der Vergleich der beiden grossen Sprachregionen zeigt, dass der aktuelle Linksrutsch vor allem in der Deutschschweiz stattfindet. Nach einer Phase mit einem sich öffnenden politischen Röstigraben, gleichen sich die beiden Sprachregionen, insbesondere auf der klassischen Links-rechts-Achse, wieder etwas an.

1.5 SVP Wahl aus Mangel an Alternativen

Aus Sicht der Wählenden ist die politische Ausrichtung der mit Abstand wichtigste Grund für den Entscheid für eine Partei (vgl. Abb. 6). Für 62 Prozent steht dieser Aspekt beim Wahlentscheid an erster Stelle.

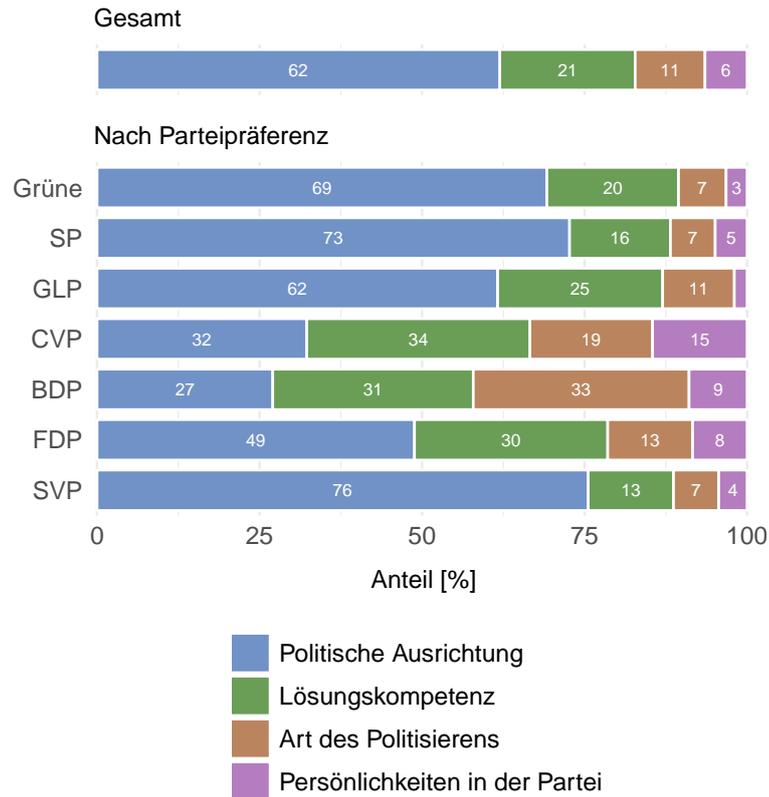


Abbildung 6: Wichtigster Grund für den aktuellen Wahlentscheid

Die Lösungskompetenz einer Partei ist nur für 21 Prozent der aktiven Stimmberechtigten der wichtigste Grund sie zu wählen. Dies ist nicht erstaunlich, da sich die Parlamentswahlen in der Schweiz nur indirekt auf die Bestellung der politischen Führung im Bundesrat auswirken. Noch weniger zentral als die Lösungskompetenz sind für die Wählenden die Art des Politisierens (11 %) sowie die Persönlichkeiten in einer Partei (6 %). Besonders wichtig ist die politische Ausrichtung für die Wählenden der SVP. Für rund drei von vier von ihnen ist dies der wichtigste Wahlgrund. Ähnliches gilt, leicht abgeschwächt, für die Parteien des linken Pols. Deutlich von diesem Grundmuster weichen einzig die Wählenden der CVP und der BDP ab. Bei den beiden Parteien der bürgerlichen Mitte erachten nur 32 Prozent (CVP) bzw. 27 Prozent (BDP) das politische Profil als entscheidenden Wahlgrund. Bei der CVP wird mit 34 Prozent die Lösungskompetenz als ausschlaggebend genannt, bei der BDP steht für 33 Prozent die Art des Politisierens im Vordergrund.

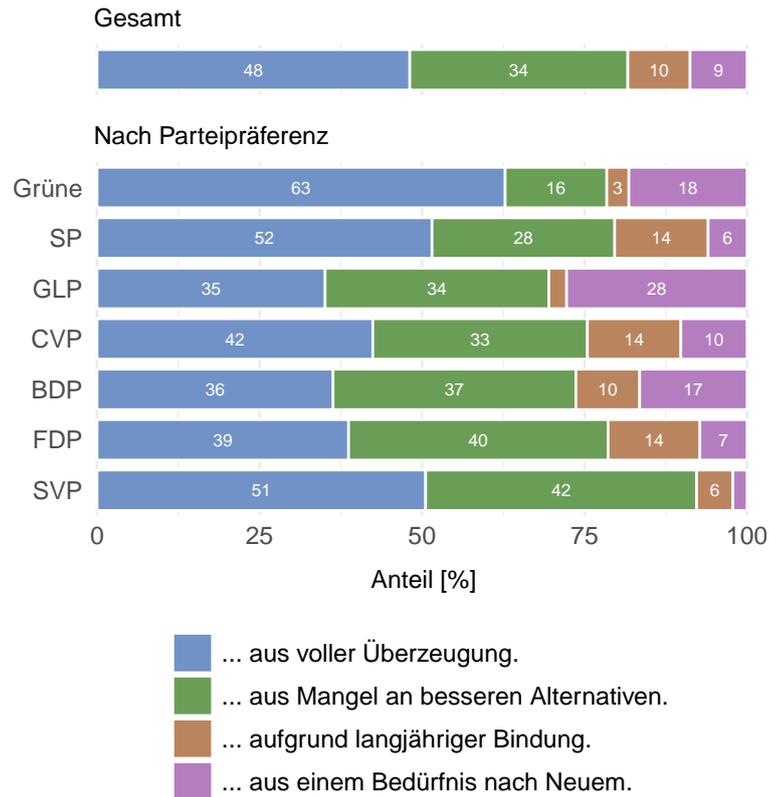


Abbildung 7: Art des aktuellen Wahlentscheids

Die Grünen und die Grünliberalen sind die Gewinner der vorliegenden Wahlumfrage. Wenn es allerdings um die Art des Wahlentscheids geht, unterscheiden sich die beiden Öko-Parteien erheblich. 63 Prozent der Wählenden der Grünen geben an, dass ihr Entscheid für diese Partei aus voller Überzeugung erfolgt sei. Das ist der höchste Anteil aller Parteien. Bei der GLP ist der Anteil der «Überzeugungstäter» mit 35 Prozent bedeutend tiefer. Bei den Grünliberalen fällt vor allem der vergleichsweise hohe Anteil jener auf, die ihren Wahlentscheid mit dem Bedürfnis nach etwas Neuem begründen. Auffällig ist ausserdem, dass im Vergleich zum letzten Wahlbarometer vom Februar 2019 deutlich weniger GLP-Wählende ihren Wahlentscheid mit einem Mangel an besseren Alternativen begründen. Damals entschieden sich 50 Prozent ihrer Wählenden nur halbherzig für die Partei, jetzt sind es nur noch 34 Prozent. Am meisten halbherzige Wählende hat mit 42 Prozent gegenwärtig die SVP. Dies ist bemerkenswert, denn lange gehörte eine besonders überzeuge Anhängerschaft zu den Markenzeichen der Rechtspartei. Im Fehlen einer starken inneren Überzeugung bei einem grösseren Teil der Basis kommt womöglich ein entscheidender Aspekt der gegenwärtigen Baisse der SVP zum Ausdruck.

2 Wichtigste politische Herausforderungen

2.1 Eurothema wird als weniger dringlich angesehen

Im Vergleich zur letzten Welle des Wahlbarometers im Februar 2019 hat die Klimathematik weder an Bedeutung gewonnen, noch verloren. 37 Prozent der Befragten zählen den Klimawandel zu den drei wichtigsten Problemen und Herausforderungen der Schweizer Politik.

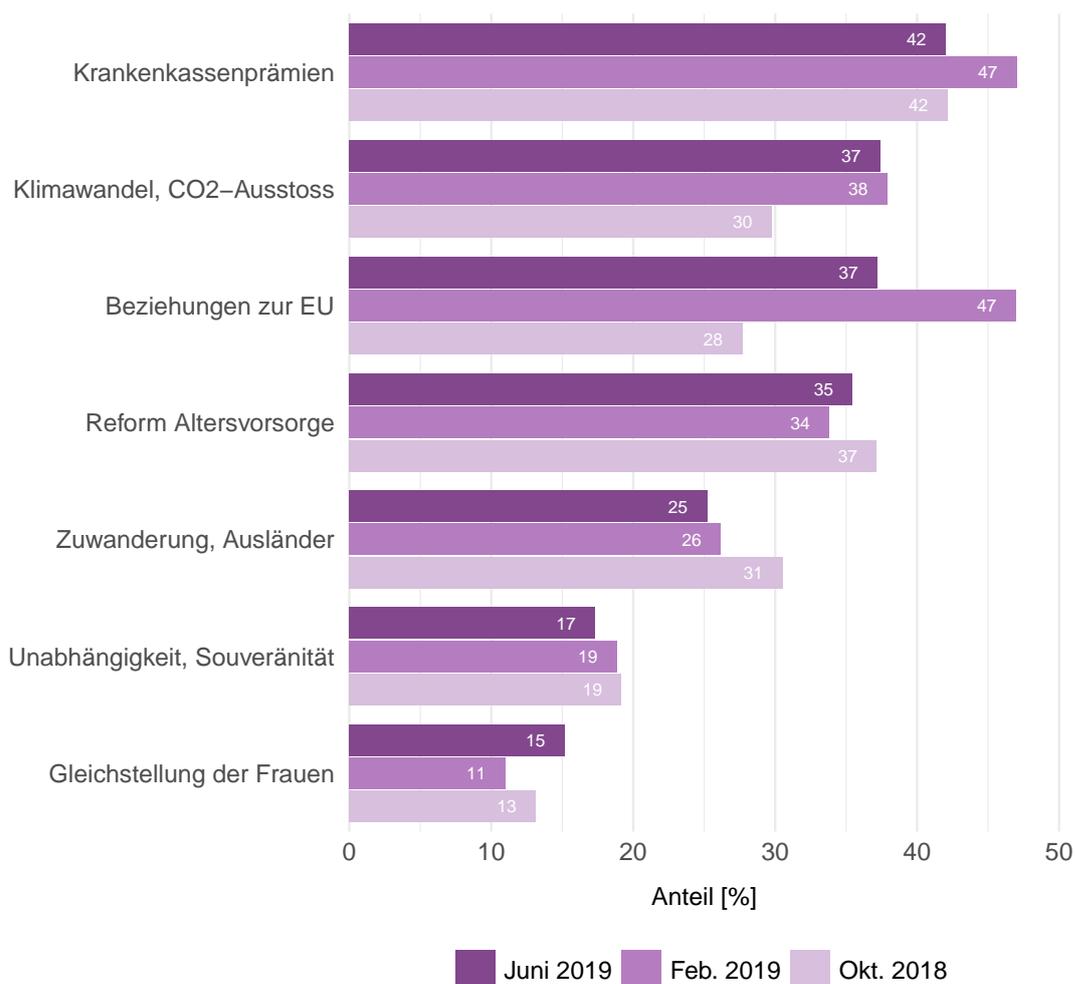


Abbildung 8: Wichtigste politische Herausforderungen aus Sicht der Wählenden – Veränderung

Auffällig ist jedoch, dass die beiden anderen Top-Themen – Krankenkassenprämien und Europa – relativ dazu an Bedeutung verloren haben. Dies gilt insbesondere für das Thema der Beziehungen zur EU. Im Februar war dies bei fast der Hälfte der aktiven Stimmbevölkerung eine der wichtigsten Herausforderungen der Schweiz. In der aktuellen Befragungswelle wird es noch von 37 Prozent genannt.

Auch wenn gegenwärtig keine extremen Wetterereignisse die Aufmerksamkeit auf die Klimafrage lenken, profitieren insbesondere die Grünen davon, dass die Nachrichtenlage auch bei anderen Themen eher ruhig ist. Die Dominanz der Klimathematik in der aktuellen politischen Debatte ist auch ein Spiegel der relativen Ruhe in vielen anderen Bereichen. Das aktuelle thematische Umfeld ist weiterhin weit von der Themenlage entfernt, welche die Wahlen 2015 prägte. Damals spielte die Ökologie kaum eine Rolle, während die Migration die politische Debatte dominierte. Die Flüchtlingskrise sowie die ungelöste Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative prägten damals die Stimmung in der Schweiz. Das ehemalige Top-Thema Zuwanderung, Ausländer beschäftigt gegenwärtig noch ein Viertel der befragten Stimmberechtigten.

2.2 Klimathema erstmals wichtigster Wahlgrund



Abbildung 9: Politische Herausforderungen nach Relevanz für den Wahlentscheid

Ein Thema kann als wichtige politische Herausforderung wahrgenommen werden und dennoch für den eigentlichen Wahlentscheid keine Rolle spielen. Die Stimmberechtigten wurden deshalb gefragt, welche Themen für sie nicht nur wichtig, sondern für ihren Entscheid zugunsten einer Partei auch ausschlaggebend sind. Dabei zeigt sich, dass das Klimathema erstmals der am häufigsten genannte Wahlgrund ist. 24 Prozent geben an, dass dieses Thema für ihren Wahlentscheid relevant war. Das ist nur unwesentlich mehr als im Februar. Weil jedoch das Eurothema und insbesondere auch die Krankenkassenprämien weniger häufig als relevant für den Wahlentscheid angegeben werden, hat die Klimafrage relativ an Bedeutung gewonnen. Die Krankenkassenprämien zeigen dabei deutlich, dass ein Thema, das als Problem und als wichtige Herausforderung angesehen wird, nicht immer entsprechend wichtig für den Wahlentscheid ist. Für 42 Prozent gehören die hohen Prämien zu den wichtigsten Herausforderungen. Weniger als die Hälfte davon gibt jedoch an, dass dieses Thema auch relevant für den Wahlentscheid ist. Fast ein Viertel der Befragten erachtet die Prämien als wichtige Herausforderung und lässt sich dennoch nicht von dieser Frage leiten, wenn es ums Wählen geht.

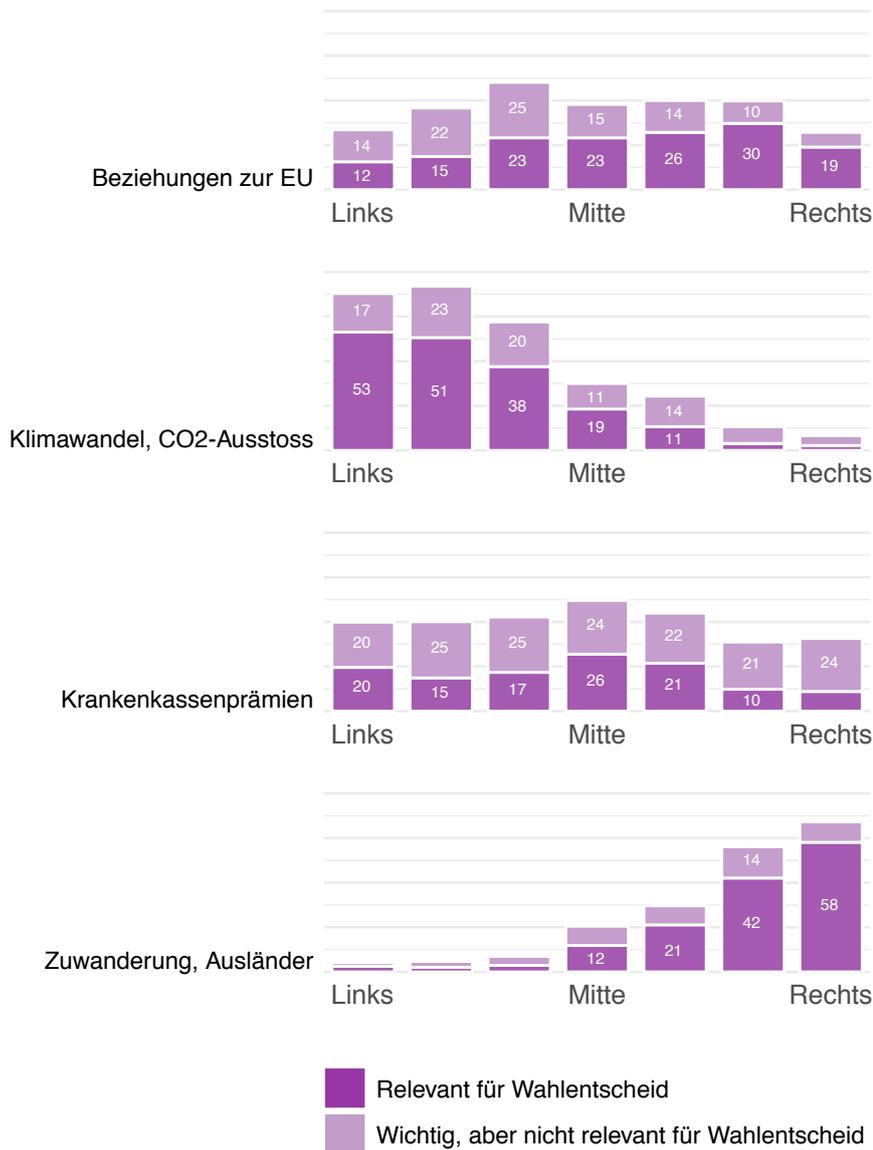


Abbildung 10: Relevanteste Herausforderungen nach Selbstpositionierung im Links-Rechts-Spektrum

Die vier Themen mit der höchsten Relevanz für den Wahlentscheid sind ideologisch unterschiedlich geprägt. Wie Abbildung 11 zeigt, ist die Migrationsthematik vorwiegend für Personen wahlrelevant, die sich selber ganz rechts im politischen Spektrum einordnen. Die Darstellung zeigt für jede Position auf einer 7er-Skala zwischen links (-3) und rechts (3) den Anteil der Nennungen. Ebenfalls eine klare ideologische Ausprägung hat die Priorisierung der Klimapolitik. Der Klimawandel ist vor allem für Personen im Mitte-Links-Spektrum ausschlaggebend für den Wahlentscheid – rechts der Mitte ist er hierfür jedoch kaum von Bedeutung. Im Vergleich zu der letzten Befragung hat die Wichtigkeit im Mitte-rechts-Spektrum allerdings leicht zugenommen.

Anders verhält es sich mit den beiden anderen Top-Themen. Sowohl die Krankenkassenprämien als auch die Beziehungen zur EU sind für Personen aus dem ganzen politischen Spektrum relevant für den Wahlentscheid. Diese beiden Themen sind ideologisch breit gefächert, weil sie mit unterschiedlichen politischen Stossrichtungen verbunden werden. So sind die EU-Beziehungen sowohl für jene wichtig, die eine Annäherung an die EU wünschen als auch für jene, die mehr Distanz zur EU wünschen und auch beim Umgang mit den hohen Krankenkassenprämien gibt es sowohl linke als auch bürgerliche Ansätze.

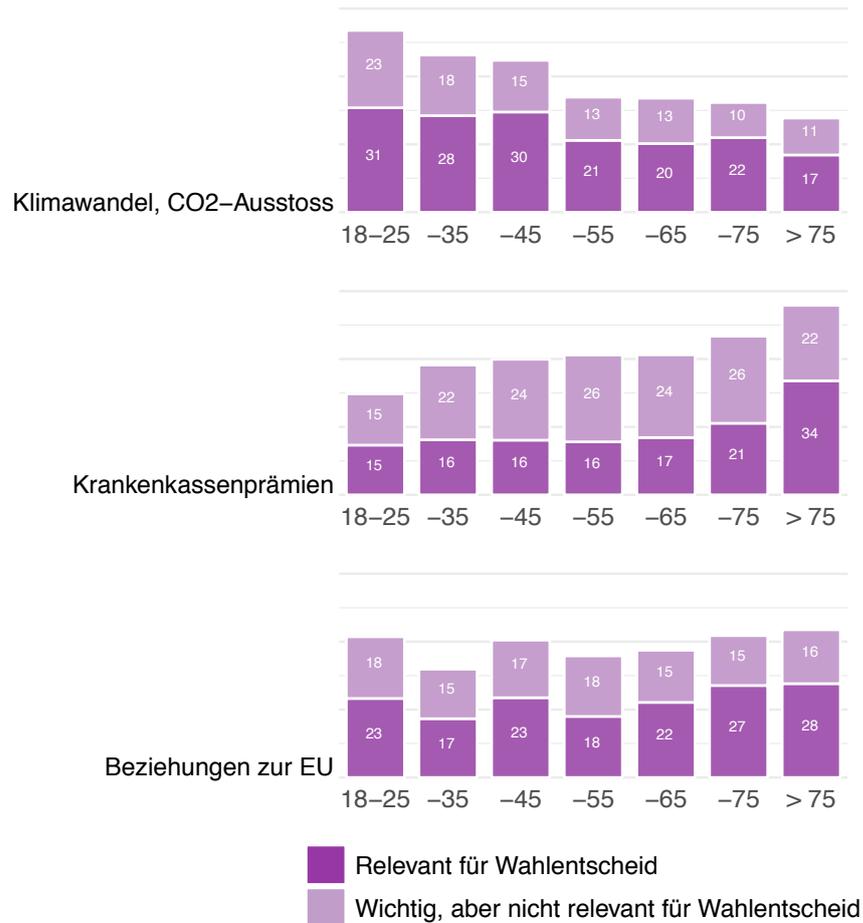


Abbildung 11: Relevanteste Herausforderungen nach Alter

Die Einschätzung der Herausforderungen hängt auch vom Alter ab. Während für jüngere Stimmberechtigte die Klimafrage im Zentrum steht, stehen die hohen Prämien bei den Älteren im Vordergrund. Im Vergleich zur letzten Befragungswelle hat sich die Altersabhängigkeit der Klimathematik allerdings abgeschwächt. Für die Jüngeren steht die Frage etwas weniger im Zentrum. Bei den Älteren hat sie jedoch deutlich an Bedeutung gewonnen.

2.3 Herausforderungen nach Parteiorientierung

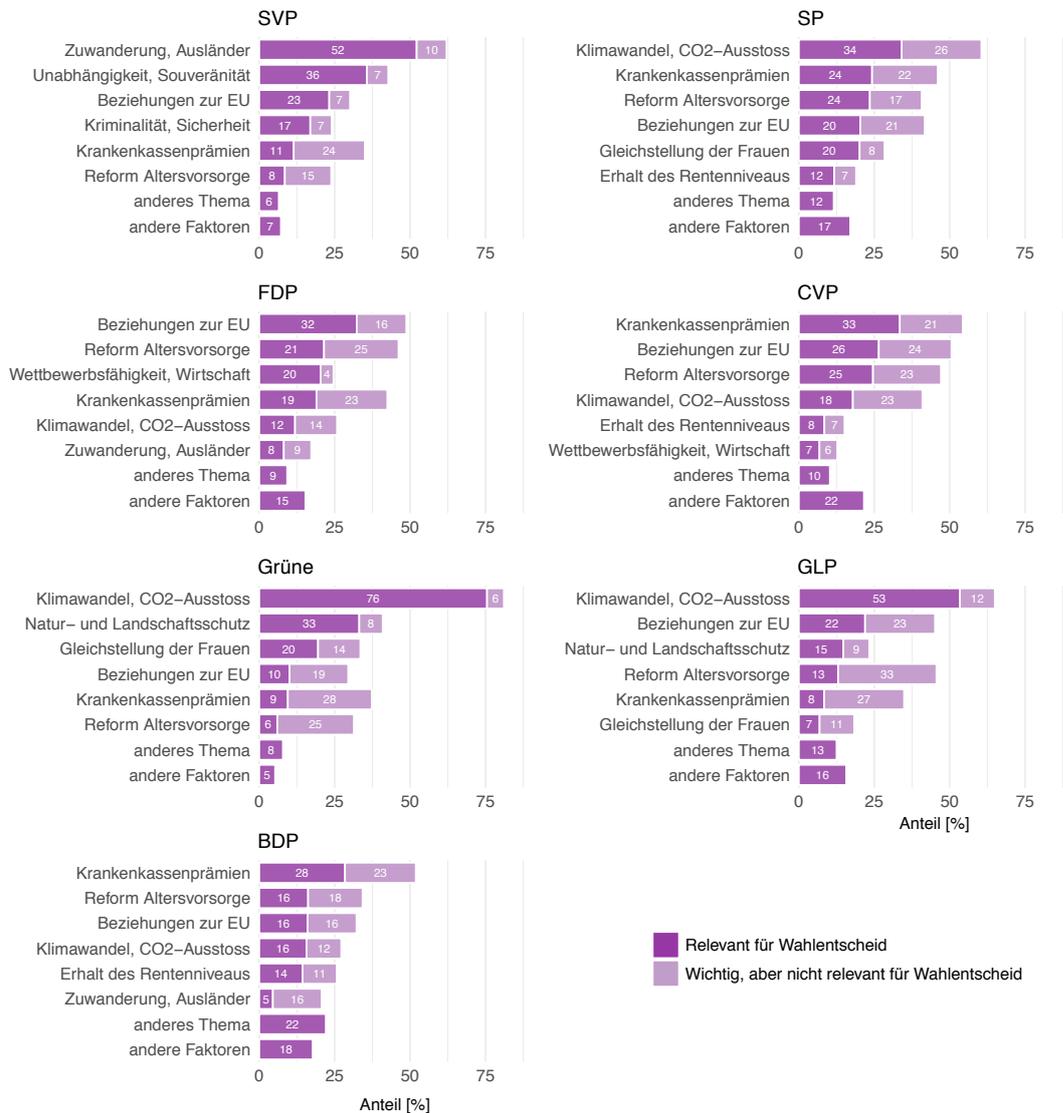


Abbildung 12: Wichtige und wahlrelevante Herausforderungen nach Parteiwahlerschaften

Wie beurteilen die Wählenden der verschiedenen Parteien die Wichtigkeit der Herausforderungen für ihren Wahlentscheid? Abbildung 12 zeigt für die sieben grössten Parteien die jeweils sechs wichtigsten Themen, die relevant sind für den aktuellen Wahlentscheid. Durchaus bemerkenswert ist dabei, dass die Beziehungen zur EU bei der SP-Anhängerschaft mittlerweile nur noch an vierter Stelle stehen, während sie bei der FDP auf dem ersten Platz liegen. Noch vor wenigen Jahren war die SP Inbegriff einer Pro-Europa-Partei. Die hohe Bedeutung der EU-Beziehungen bei der FDP-Basis deutet daraufhin, dass diese Beziehungen heute wieder vermehrt als Wirtschaftsthema angesehen werden. Erwartungsgemäss

dominiert das Klimathema bei den grünen Parteien. Auch bei der SP-Wählerschaft steht dieses Thema weiterhin an erster Stelle. Demgegenüber taucht es bei der SVP unter den Top-6-Herausforderungen nicht auf. Auch bei der FDP-Basis steht diese Thematik nicht im Vordergrund. Das Thema, um das sich in den letzten Monaten bei den Freisinnigen vieles drehte, steht bloss an fünfter Stelle der ausschlaggebenden Herausforderungen.

2.4 Bei welchen Themen Unzufriedenheit herrscht

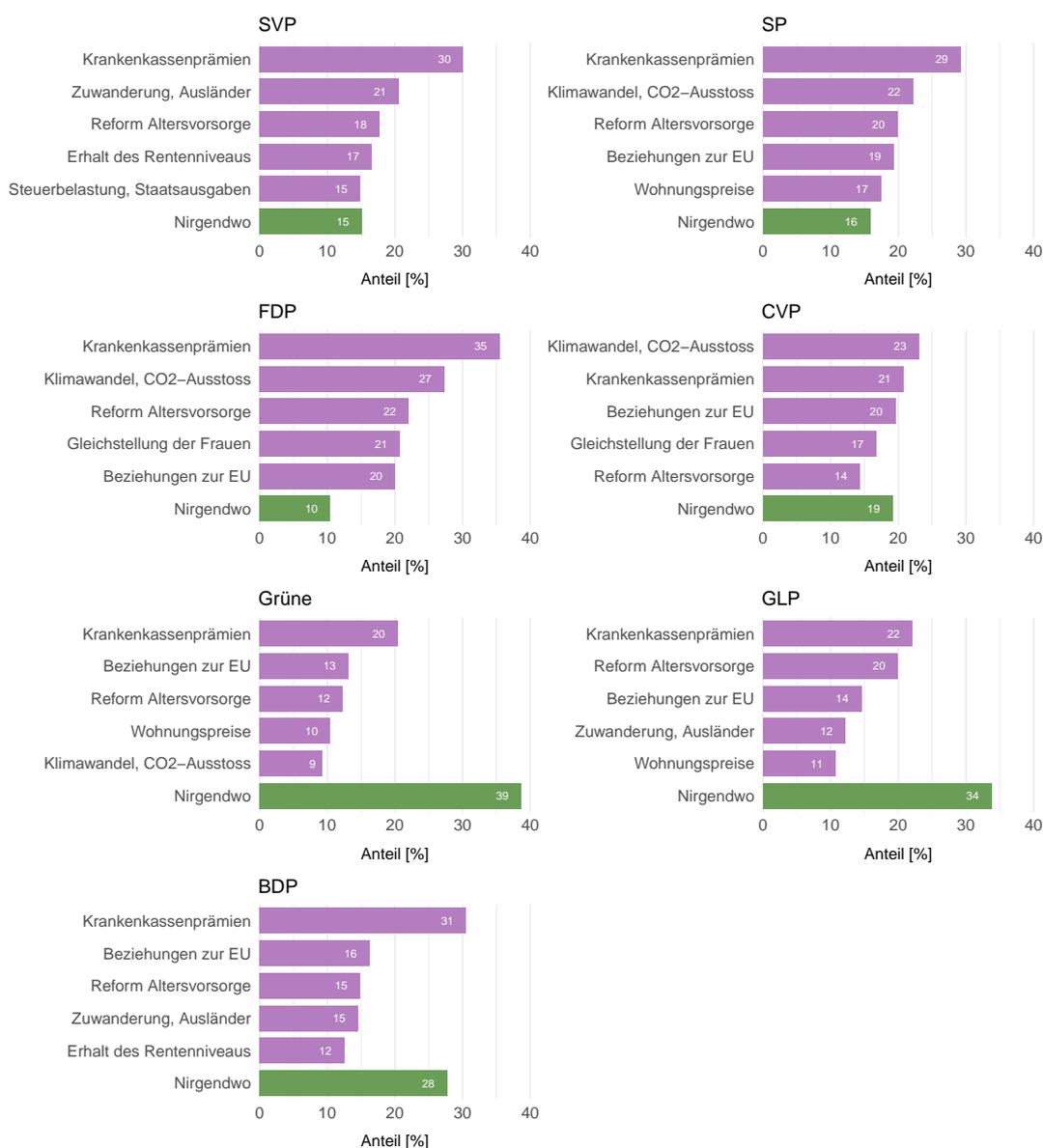


Abbildung 13: Themen, bei denen die Wählenden unzufrieden sind mit der Politik ihrer Partei.

Erstmals wurden die Befragungsteilnehmer nicht nur nach den wichtigsten Herausforderungen und nach den relevanten Herausforderungen für den Wahlentscheid gefragt, sondern ebenfalls nach jenen Themen, bei denen sie mit der Politik ihrer Partei unzufrieden sind. Insgesamt am wenigsten unzufrieden mit der Themen-
setzung ihrer Partei sind die Wählenden der beiden grünen Parteien. 39 Prozent der Grünen- und 34 Prozent der GLP-Wählerbasis geben an, in keinem Bereich unzufrieden mit der Politik ihrer Partei zu sein. Am anderen Ende des Spektrums findet sich die Basis von FDP und SVP. Bei der FDP sind nur 10 Prozent und bei der SVP 15 Prozent der Wählenden in allen Bereichen zufrieden mit der Politik ihrer Partei.

Mit Ausnahme der CVP sind die Wählenden aller untersuchten Parteien am häufigsten mit der Krankenkassenpolitik ihrer Partei unzufrieden. Am häufigsten ist dies bei der FDP der Fall, wo 35 Prozent diesen Bereich hervorheben. Auch bei der BDP, der SVP und der SP sind rund 30 Prozent unzufrieden. Die Unzufriedenen wollen dabei meist eine stärkere finanzielle Abfederung der Prämienlast durch Steuergelder. Abbildung 16 zeigt Zustimmung zu Prämienenkungen für den Mittelstand durch Steuergelder nach Parteien. Dabei fällt auf, dass bei allen bürgerlichen Parteien und der GLP die Unzufriedenen vermehrt für mehr Prämienentlastung sind. Bei der SP und den Grünen haben die Unzufriedenen dagegen keine andere Einstellung als die anderen.

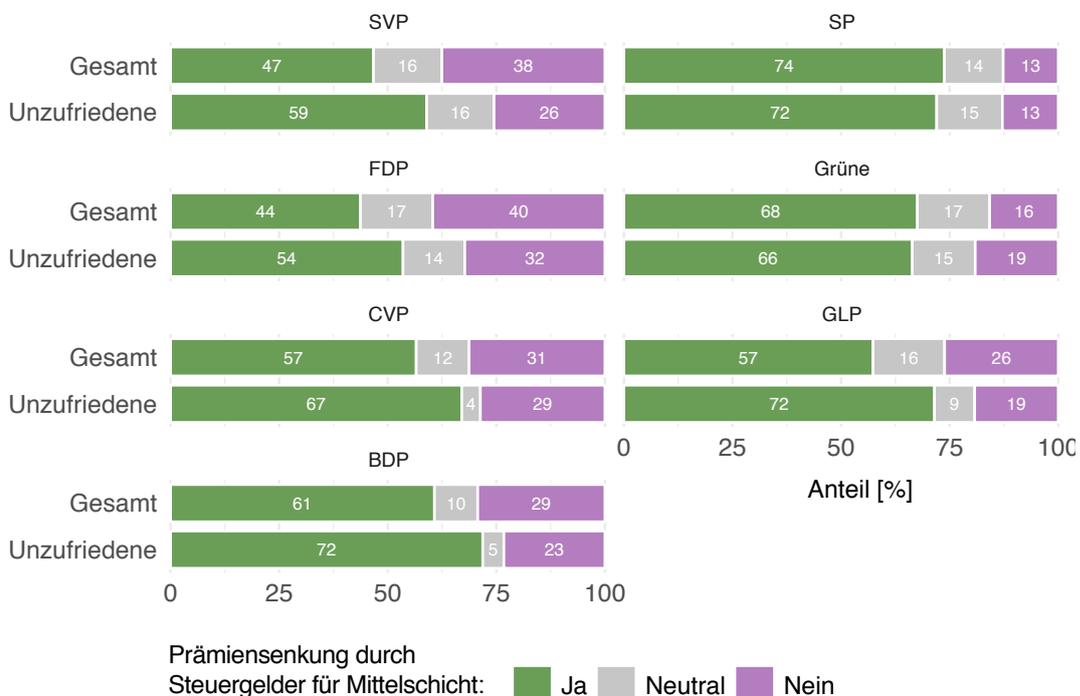


Abbildung 14: Haltung zu Prämienenkungen mit Steuergeldern. Parteiwählerschaften insgesamt und Unzufriedene mit der Krankenkassenpolitik der eigenen Partei.

Die Prämienpolitik ihrer Partei ist das grösste Ärgernis der FDP-Basis. An zweiter Stelle folgt das Klimathema mit 27 Prozent Unzufriedenen. Drei Viertel dieser Unzufriedenen wünschen sich eine wirksamere Klimapolitik. Dies zeigt, dass das Klimathema für einen Teil der Wählerbasis tatsächlich zu kurz kommt. Doch auch insgesamt sprechen sich 54 Prozent der FDP-Wählenden für Klimamassnahmen mit spürbaren Kostenfolgen aus. Hier zeigt sich das Dilemma, in welchem die FDP gegenwärtig steckt. Wie oben gezeigt, liegt die Klimafrage nur an fünfter Stelle der Wahlgründe für die FDP. Ausserdem ist die Zustimmung zu griffigen Klimamassnahmen mit 54 Prozent tiefer als bei allen anderen Parteien ausser der SVP. Auf der anderen Seite möchte jedoch eine Mehrheit der Basis eine griffigere Klimapolitik.

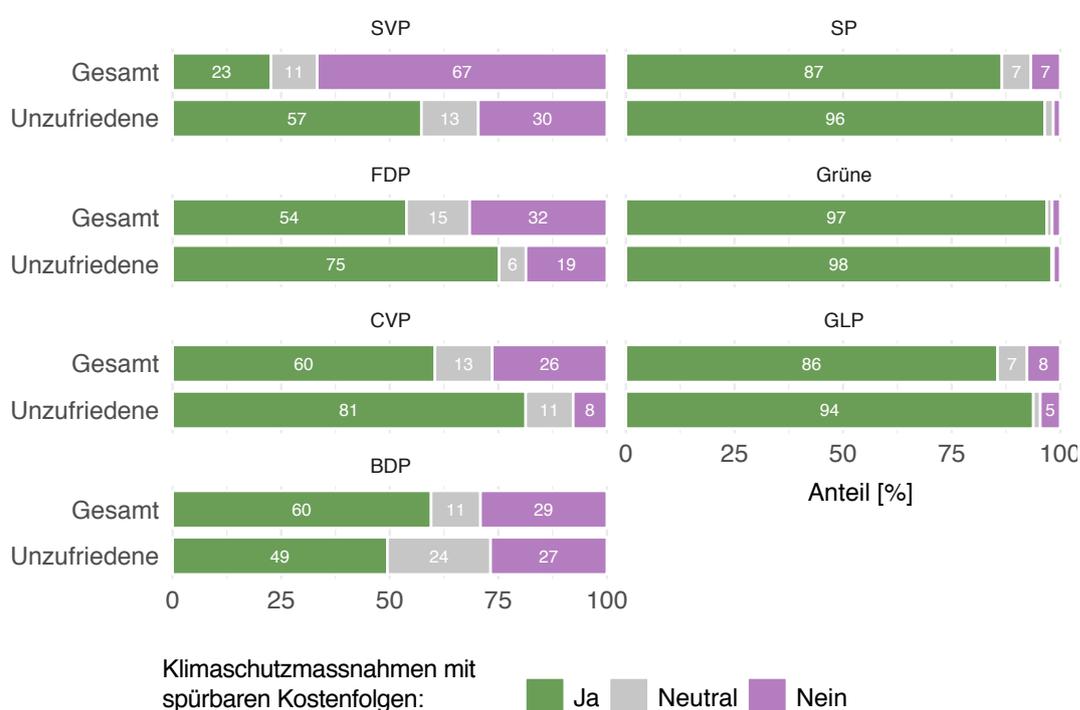


Abbildung 15: Haltung zu Klimaschutzmassnahmen mit im Alltag deutlich spürbaren Kostenfolgen. Parteiwählerschaften insgesamt und Unzufriedene mit der Klimapolitik der eigenen Partei.

Grundsätzlich gilt, dass die Unzufriedenen mit der Klimapolitik ihrer Partei mehr und nicht weniger Klimaschutz wollen. Die einzige Ausnahme davon bildet die BDP. Hier sind die Unzufriedenen skeptischer als die Parteiwählerschaft insgesamt. Offenbar ist die Politik der BDP für einen Teil ihrer Basis eher zu progressiv. Dies zeigt sich auch in der Europapolitik. Insgesamt ist eine knappe Mehrheit der BDP-Wählerschaft für das Unterzeichnen des aktuellen Rahmenabkommen. Bei den Unzufriedenen in der BDP ist jedoch eine knappe Mehrheit dagegen. Auch bei FDP und CVP sind die Unzufriedenen etwas skeptischer gegenüber

dem Rahmenabkommen als die Basis insgesamt. Die Unterschiede sind jedoch gerade bei der FDP, die sich klar für das Abkommen ausgesprochen hat, eher gering. Bei der SP und den Grünen sind die Unzufriedenen dagegen vermehrt für das Rahmenabkommen. Auffällig ist jedoch, dass hier die Zustimmung generell hoch ist. Am grössten ist sie bei der GLP mit 76 Prozent. Hier ist jedoch zugleich die Differenz zu den Unzufriedenen eher gross.

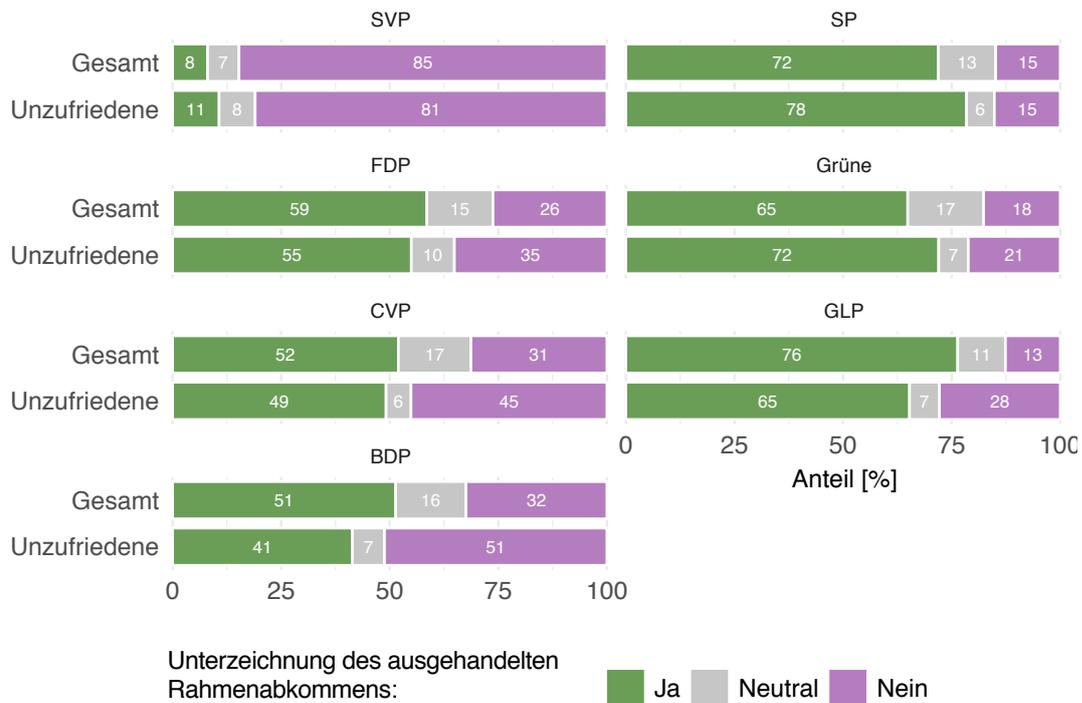


Abbildung 16: Haltung zum vorliegenden Rahmenabkommen. Parteiwählerschaften insgesamt und Unzufriedene mit der Europapolitik der eigenen Partei.

2.5 «Klimahysterie»?

Die Klimafrage nimmt gegenwärtig einen zentralen Platz in den öffentlichen Debatten ein. Kritiker und Kritikerinnen sprechen dabei polemisch von «Klimahysterie». Doch wie nimmt das die aktive Stimmbevölkerung wahr? 52 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass die Parteien der Klimafrage nicht zu viel, sondern zu wenig Beachtung schenken. Bloss 27 Prozent sind der gegenteiligen Ansicht. Dies zeigt, dass nur eine Minderheit der Ansicht ist, dass die Parteien und die Politik zu stark auf die Klimathematik fokussieren.

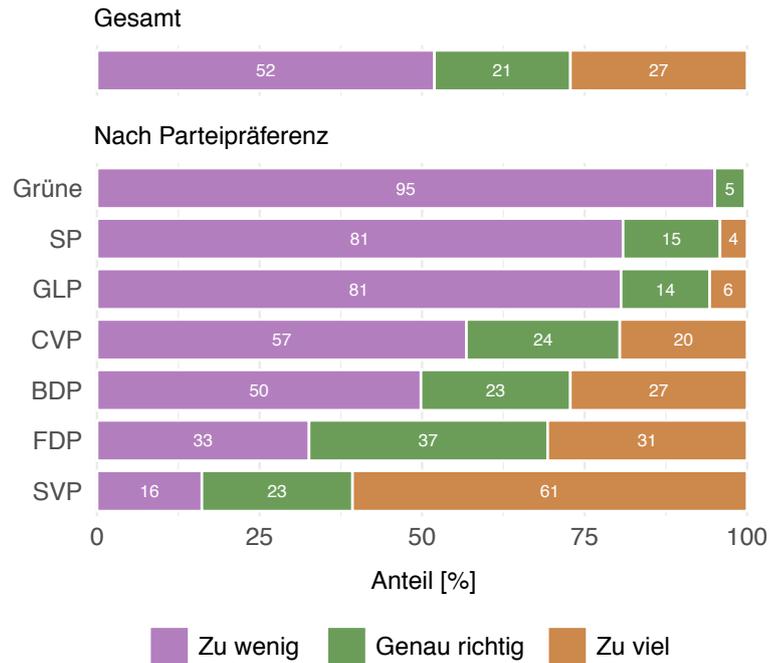


Abbildung 17: Wie viel Beachtung erhält die Klimapolitik durch die Parteien? .

Etwas anders sieht es aus, wenn die Frage nicht in Bezug auf die Parteien, sondern auf die Medien gestellt wird. Hier ist der Anteil, welcher der Ansicht ist, dass das Thema zu viel Beachtung erhält, grösser (35 %) als der Anteil, welcher der Meinung ist, das Thema bekomme zu wenig Beachtung (30 %). Dies zeigt, dass die Wählenden zwischen Medienberichterstattung und Parteipolitik unterscheiden. Einige von Ihnen sind der Ansicht, dass die Medien dem Thema zu viel Beachtung schenken, nicht jedoch die Parteien. Doch auch wenn der Anteil grösser ist, der findet, die Medien würden zu stark auf das Klimathema setzen, bleiben fast zwei Drittel, die nicht dieser Ansicht sind. Nur bei der SVP-Basis ist eine klare Mehrheit der Ansicht, dass die Medien der Klimafrage zu viel Beachtung schenken.

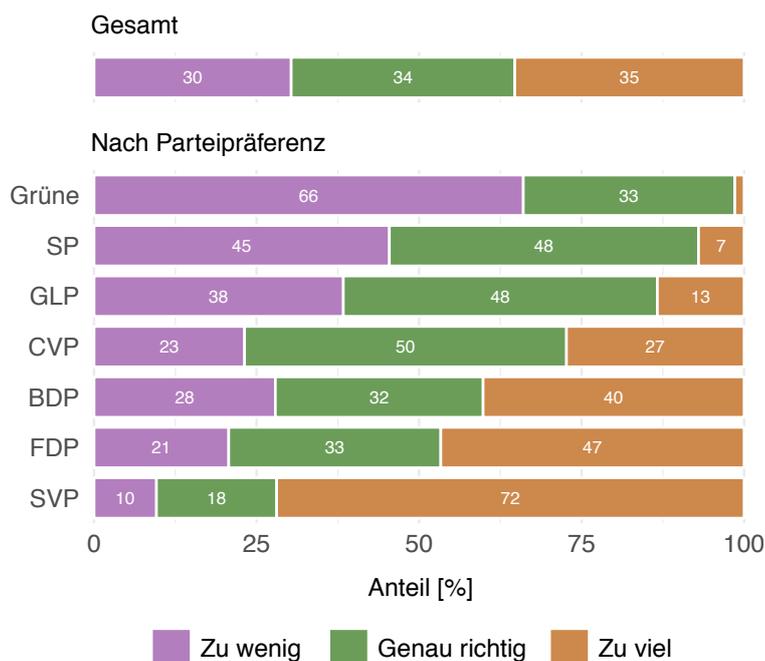


Abbildung 18: Wie viel Beachtung erhält die Klimapolitik durch die Medien?

2.6 Regionale Ausprägung

In der Deutschschweiz ist ein breites Spektrum von Themen für den Wahlentscheid ausschlaggebend. An erster Stelle steht der Klimawandel, welcher bei 22 Prozent für die Wahl im Vordergrund steht. Danach folgen zwei Themen im Bereich der aussenpolitischen Öffnung: Die Beziehungen zur EU (20 %) sowie Zuwanderung/Ausländer (18 %). Zwei soziale Themen, die Krankenkassenprämien und die Reform der Altersvorsorge, werden insgesamt in der Deutschschweiz zwar als wichtigere Herausforderungen angesehen, auf den Wahlentscheid wirken sie sich jedoch etwas weniger aus.

In der französischen Schweiz stehen einzelne Themen stärker im Vordergrund. Allen voran der Klimawandel (29 %), der hier noch deutlich häufiger genannt wird als in der Deutschschweiz. Analoges gilt für die Beziehungen zur EU (27 %). Auf Platz drei liegt das Thema Krankenkassenprämien (21 %). Auch dieses ist in der Romandie häufiger ausschlaggebend für den Wahlentscheid. Auffällig ist ausserdem, dass das Gleichstellungsthema (11 %) hier relativ oft genannt wird.

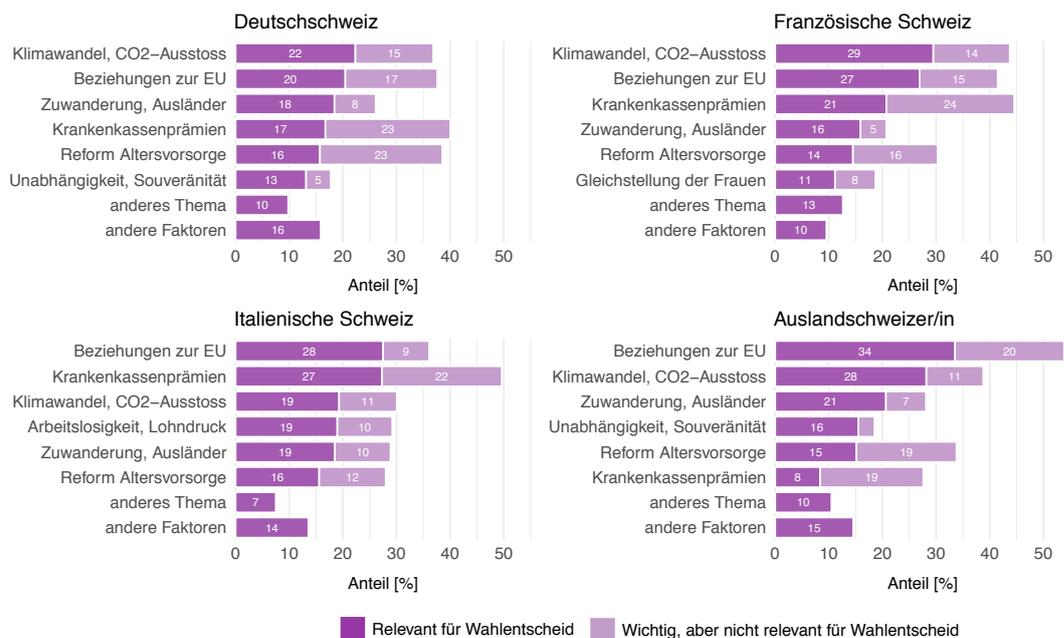


Abbildung 19: Wichtigste Herausforderungen nach Sprachregionen und Auslandschweizer/-innen

Im Tessin dominieren zwei Themen, welche für den Wahlentscheid ausschlaggebend sind: Die Beziehungen zur EU (28 %) und die Krankenkassenprämien (27 %). Das Thema Krankenkassenprämien ist in keiner anderen Sprachregion so wichtig für den Wahlentscheid wie hier. Im Vergleich zur letzten Befragungswelle ist zwischenzeitlich auch das Klimathema in der italienischen Schweiz angekommen. Es liegt mit 19 Prozent dritter Stelle. Die Klimathematik hat sich offenbar auch räumlich stärker ausgebreitet.

Für die Auslandschweizerinnen und -schweizer sind die Beziehungen zur EU das wichtigste Thema für den Wahlentscheid. Viele von ihnen leben in der EU und sind direkt von diesen Beziehungen betroffen. Generell stehen in der fünften Schweiz, abgesehen vom Klimathema mit seiner globalen Reichweite, vor allem Themen im Bereich der aussenpolitischen Öffnung im Vordergrund. Auffällig ist demgegenüber die tiefe Bedeutung der Prämien für den Wahlentscheid. Typischerweise sind die Auslandschweizerinnen und -schweizer nicht unmittelbar von diesen Prämien betroffen.

3 Profil der Parteiwählerschaften

Wer sind die Wählenden der einzelnen Parteien? Wie setzen sie sich nach demographischen und sozioökonomischen Kriterien zusammen? Wie sieht ihre ideologische Ausrichtung aus? In den folgenden Abschnitten wird das Profil der Parteiwählerschaften unter die Lupe genommen. Die sehr stabile Parteienstruktur in der Schweiz bringt es mit sich, dass sich bei der aktuellen Wahlabsicht auch in soziodemographischer Hinsicht vergleichsweise stabile Muster zeigen. Dennoch zeigen sich ein paar ungewohnte Zusammenhänge.

3.1 Demographie: Geschlecht und Alter

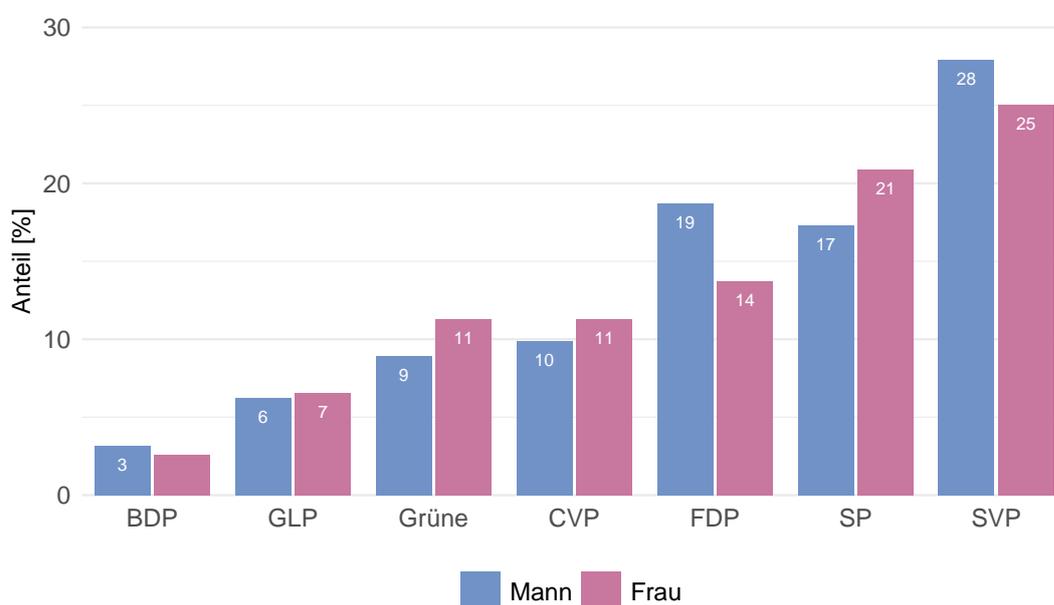


Abbildung 20: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Geschlecht

Abbildung 20 zeigt, dass Frauen gemäss aktueller Wahlabsicht etwas linker wählen als Männer. Die SP kommt auf höhere Wähleranteile bei den Frauen als bei den Männern. Auch die CVP und die Grünen würden tendenziell öfters von Frauen gewählt, wenn heute Wahlen wären. Männer entscheiden sich häufiger für die SVP und die FDP als Frauen.

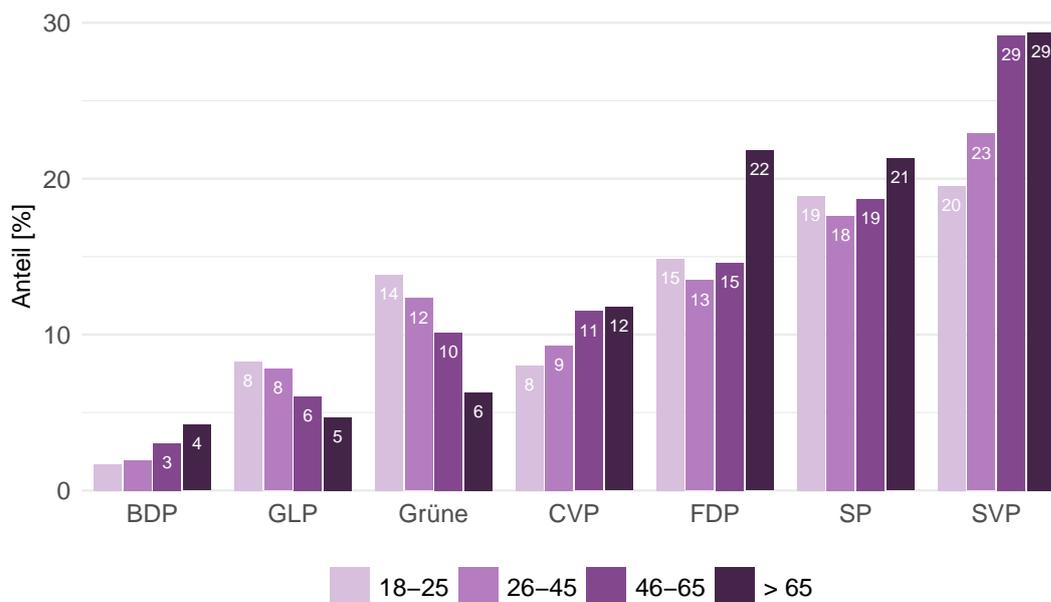


Abbildung 21: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Alter

Sowohl die Grünen als auch die Grünliberalen sprechen gegenwärtig ein besonders junges Publikum an. Ihr Wähleranteil ist bei den unter 26-Jährigen etwa doppelt so gross wie bei den über 65-Jährigen. Obwohl die FDP insbesondere von eher älteren Personen gewählt wird, scheint sie gegenwärtig auch auf ganz junge Personen eine gewisse Anziehungskraft auszuüben. Die Wählerschaft der SVP ist eher älter strukturiert als die der anderen Parteien. Besonders die sehr jungen Wählenden sind sehr schwach vertreten. Die SVP scheint ihre spezielle Anziehungskraft auf junge Wählende, die sie in früheren Jahren auszeichnete, etwas eingebüsst zu haben. Auch die CVP und die BDP werden tendenziell in den älteren Altersklassen häufiger gewählt, während die SP eine eher flache Altersverteilung aufweist, in der Tendenz aber auch eher von den älteren Altersklassen bevorzugt wird.

3.2 Soziale Schichtung: Bildung und Einkommen

Bildungsabschluss und Haushaltseinkommen bilden die beiden wichtigsten Merkmale der sozialen Schichtung. Die Auswertung der Profile der Wählerschaften zeigt dabei, dass diese beiden Merkmale innerhalb der einzelnen Parteiwählerschaften sehr unterschiedlich verteilt sind.

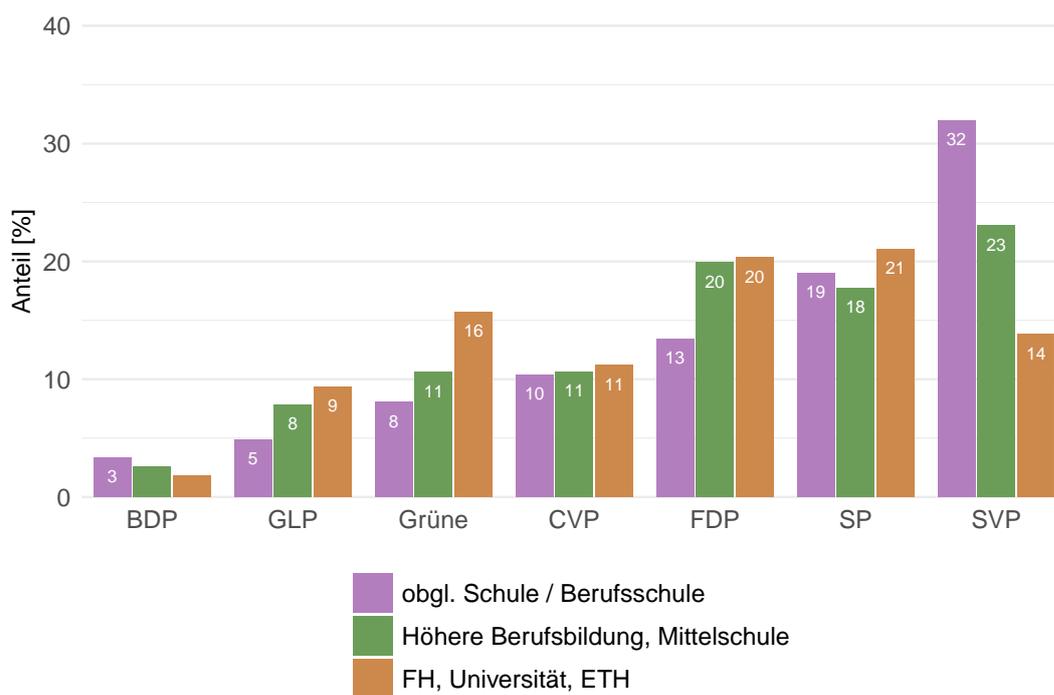


Abbildung 22: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach Bildungsabschluss

Abbildung 22 zeigt den bekannten Bildungsgraben bei der SVP. Insbesondere bei Personen mit Hochschulabschluss wird sie klar unterdurchschnittlich gewählt. Ihr Wähleranteil in dieser Bildungskategorie liegt mit 14 Prozent sogar unter dem der Grünen und deutlich hinter der SP und der FDP. Ein ähnlicher Bildungsgraben, wenn auch auf viel tieferem Niveau und etwas weniger prägnant, zeigt sich ebenfalls bei der BDP, während Grüne und GLP besonders einseitig von Personen mit höheren Bildungsabschlüssen gewählt werden. Die FDP wird dagegen insbesondere von Wählenden in der tiefsten Bildungskategorie weniger gewählt, während die Verteilung bei der SP und insbesondere bei der CVP relativ flach ist.

Auch das Einkommen korreliert mit dem Wahlentscheid. Insbesondere bei der FDP, für die sich die Stimmberechtigten mit steigendem Einkommen immer häufiger entscheiden. Bei Personen mit einem monatlichen Haushaltseinkommen von über 12'000 Franken bildet die FDP mit einem Wähleranteil von 26 Prozent die klare Nummer eins. Auch die Grünliberalen werden in der höchsten Einkommensklasse deutlich häufiger gewählt als in den tieferen, bei der SP ist es gerade umgekehrt. Sie wird in der obersten Einkommensklasse weniger oft gewählt als in der untersten. Besonders stark geht die Schere zwischen Bildung und Einkommen bei den Grünen auseinander. Die Wählenden dieser Partei sind zwar überdurchschnittlich gebildet, viele von ihnen gehören jedoch auch zu der untersten Einkommensklasse.

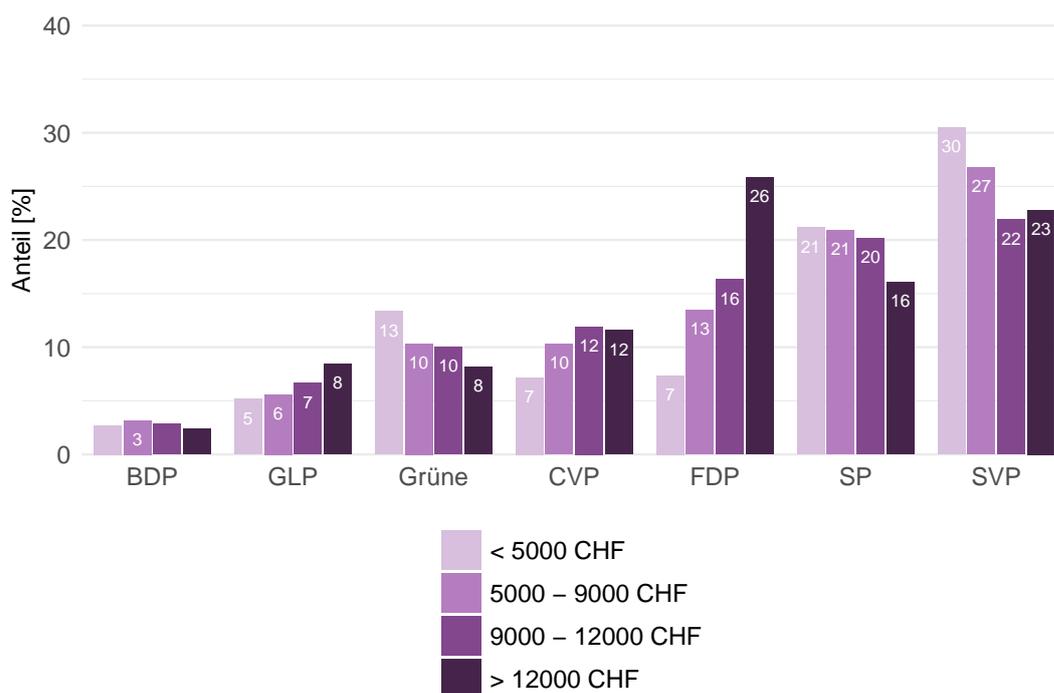


Abbildung 23: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; nach monatlichem Haushaltseinkommen

Es handelt sich hier also nicht um die klassische Unterschicht, sondern eher um postmateriell orientierte Personen. Die Wählerschaft der SVP weist im Schnitt ein eher tiefes Bildungsniveau auf, was sich in der Einkommensverteilung widerspiegelt, allerdings in abgeschwächter Form. Tiefere Einkommensschichten wählen eher SVP als höhere.

3.3 Wahlentscheid Auslandschweizer/-innen

Im Vergleich zu in der Schweiz wohnhaften Teilnehmenden würden Auslandschweizer und Auslandschweizerinnen etwas grüner wählen: Sowohl die Grünen als auch die GLP haben in dieser Gruppe klar höhere Anteile. FDP und SP werden von Auslandschweizer/-innen etwa gleich oft gewählt. Die SVP und die CVP und in stark abgeschwächter Form die BDP hingegen sind Parteien, die mehr von dem in der Schweiz lebenden Bevölkerungsteil bevorzugt werden.

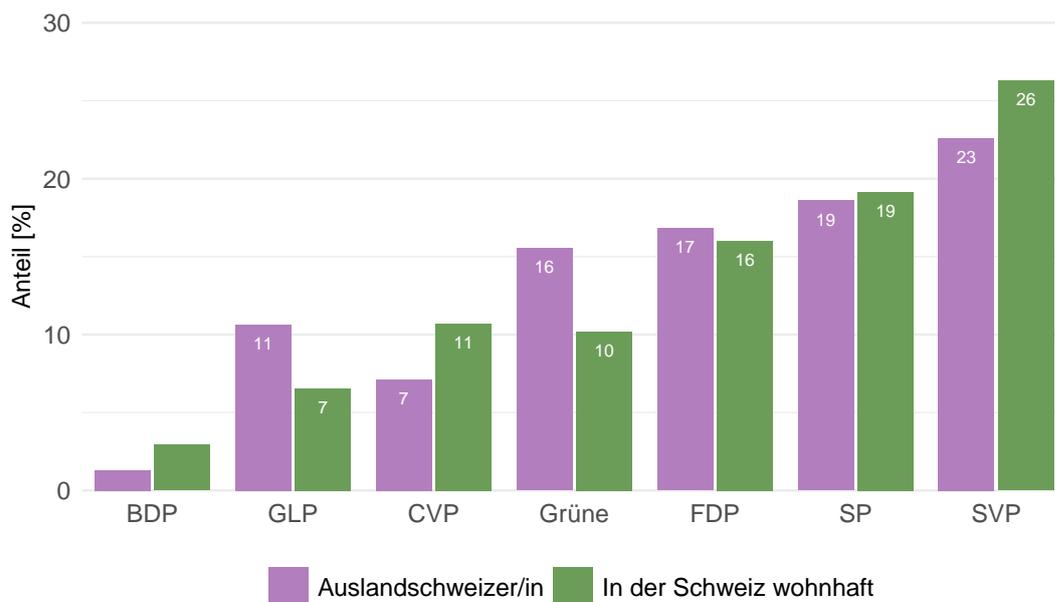


Abbildung 24: Wähleranteile gemäss aktueller Wahlabsicht; Auslandschweizer/innen

3.4 Ideologische Ausrichtung

Die Teilnehmenden der Befragung wurden gebeten, sich selber im politischen Spektrum zwischen links und rechts einzuordnen. Abbildung 25 zeigt das politische Profil der Wählenden der einzelnen Parteien. Fast identisch ist die Selbstpositionierung der Wählenden der Grünen und der SP im Spektrum zwischen links und rechts mit Werten von -1.7, beziehungsweise -1.6. Auf der rechten Seite des politischen Spektrums positioniert sich mit +1,7 die durchschnittliche SVP-Anhängerschaft.

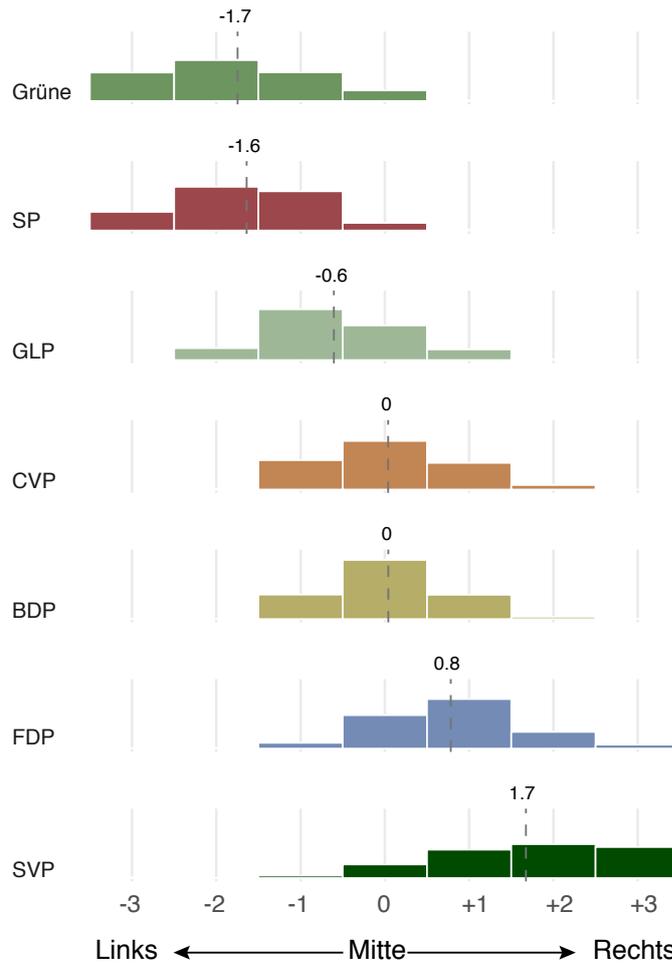


Abbildung 25: Verteilung der Wählenden der Parteien im Links-rechts-Spektrum

Leicht links der Mitte positioniert sich die Wählerschaft der Grünliberalen (-0,6), während die Wählerschaft der CVP und der BDP im Durchschnitt bei 0 positioniert sind. Die Basis der CVP und der BDP befindet sich damit jeweils in der politischen Mitte und genau dort, wo sich der Median-Wähler bzw. die Median-Wählerin der Schweiz befindet. Die FDP-Wählerschaft schliesslich positioniert sich bei +0,8 ziemlich genau zwischen CVP und SVP.

4 Bundesrat und Parlament im Urteil der Stimmberechtigten

Der Bundesrat ist mit zwei neuen Mitgliedern ins Wahljahr gestartet. Wie schätzen die Stimmberechtigten die Machtverhältnisse im Bundesrat ein, und wie sieht es aus mit den Sympathiewerten der Mitglieder der Exekutive? Neben der Beurteilung der einzelnen Bundesratsmitglieder geht es in den folgenden Abschnitten um die grundsätzliche Einschätzung der Arbeit von Bundesrat und Parlament.

4.1 Einfluss und Sympathie der Bundesratsmitglieder

Aus Sicht der Stimmberechtigten ist Innenminister Alain Berset (SP) der Bundesrat mit dem grössten politischen Einfluss. 51 Prozent der Befragten zählen ihn zu den zwei einflussreichsten Bundesratsmitgliedern, nur 9 Prozent zu jenen zwei mit dem geringsten Einfluss. Auf Platz zwei im Einflussranking folgt Justizministerin Karin Keller-Sutter (FDP) – dies als eines von zwei neuen Mitgliedern im Bundesrat. Seit ihrem Amtsantritt Anfang Jahr hat sie in der Einschätzung der Stimmberechtigten massiv an Einfluss gewonnen: Im letzten Wahlbarometer zählten sie noch 24 Prozent zu den zwei einflussreichsten Mitgliedern des Bundesrats, heute sind es 43 Prozent. Finanzminister Ueli Maurer, welcher im letzten Wahlbarometer nur knapp hinter Alain Berset lag, fällt hingegen im Ranking trotz seines Bundespräsidiums ab und liegt nun hinter Keller-Sutter, fast gleichauf mit Simonetta Sommaruga (SP).

Das zweite Neumitglied neben Keller-Sutter, Verteidigungsministerin Viola Amherd (CVP), kann die Stimmberechtigten im Gegensatz zur Justizministerin nicht überzeugen und verbleibt im Einfluss-Ranking unbedeutend. In der Einschätzung der Stimmberechtigten gibt es jedoch zwei Bundesratsmitglieder, welche als noch weniger einflussreich eingeschätzt werden: Aussenminister Ignazio Cassis (FDP) und Guy Parmelin (SVP). Letzteren zählen zwei Drittel der Stimmberechtigten zu den zwei Mitgliedern im Bundesrat, welche am wenigsten Einfluss haben.

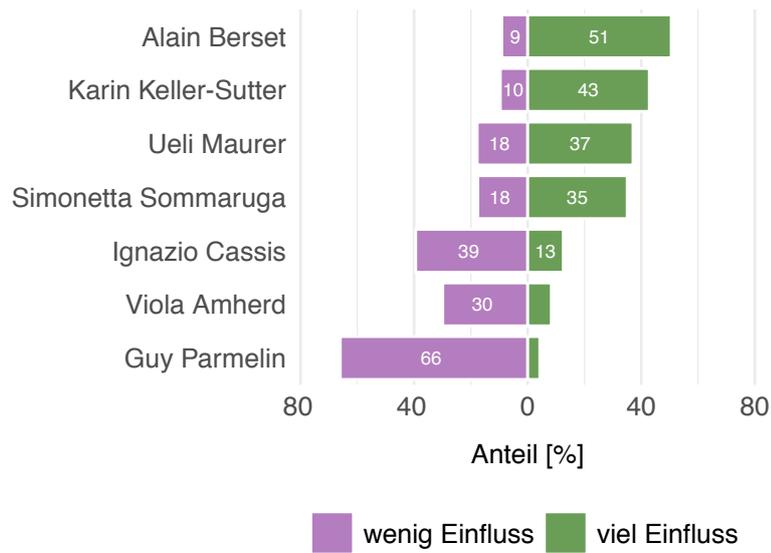


Abbildung 26: Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder

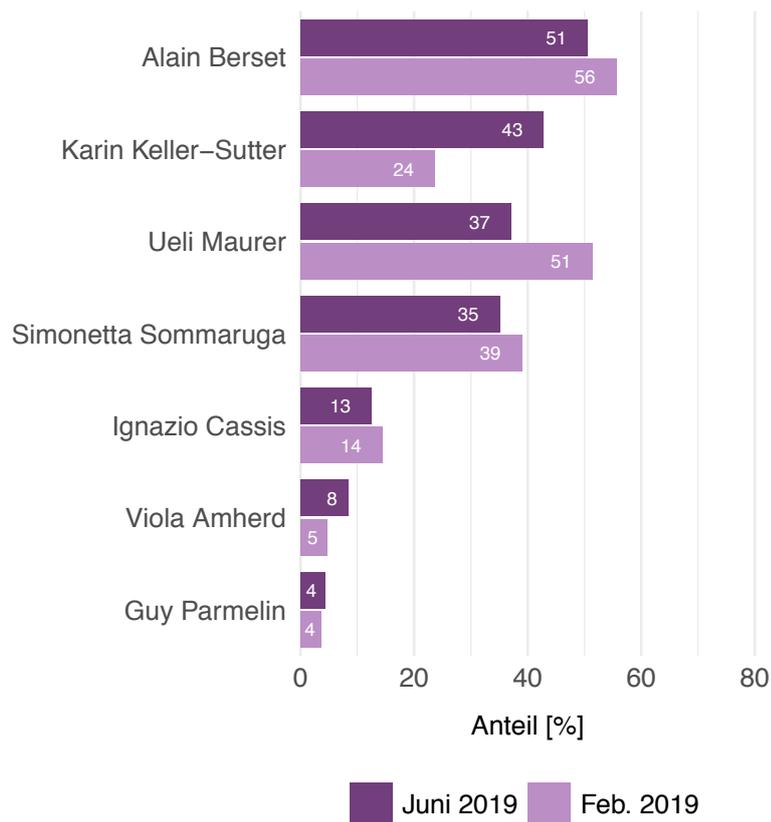


Abbildung 27: Einschätzung, welche Bundesratsmitglieder viel Einfluss haben – Vergleich zum letzten Wahlbarometer

Das Einfluss-Ranking der einzelnen Parteianhängerschaften zeigt, dass sich die Einschätzung im politischen Spektrum nicht grundlegend unterscheidet. So schreiben auch die Wählenden der FDP Ignazio Cassis nur unterdurchschnittlichen Einfluss zu und auch die SVP-Basis zählt Guy Parmelin zu den Bundesräten mit dem geringsten Einfluss. Bis auf die SVP-Basis, welche Ueli Maurer als einflussreichstes Bundesratsmitglied sieht, belegen Alain Berset und Karin Keller-Sutter im Einflussranking der Wählerbasis aller Bundesratsparteien die Plätze eins und zwei.



Abbildung 28: Einschätzung des Einflusses der Bundesratsmitglieder – nach Parteiwählerschaft

Alain Berset gilt unter den Befragten nicht nur als der Einflussreichste im Bundesrat. Er erhält auch die grössten Sympathiewerte. Guy Parmelin schneidet dagegen sowohl im Einfluss- als auch in Sympathie-Ranking schlecht ab. Noch schlechtere Sympathiewerte hat nur Ignazio Cassis, der es offenbar schaffte, viele Wählende vor den Kopf zu stossen. Nicht immer stimmt jedoch das Sympathie-Ranking mit den Einfluss-Ranking überein: So zählt Viola Amherd zu den besonders sympathischen, obwohl sie als wenig einflussreich eingeschätzt wird. Ueli Maurer belegt den dritten Platz in Bezug auf seinen Einfluss – in Bezug auf Sympathie hingegen den drittletzten.

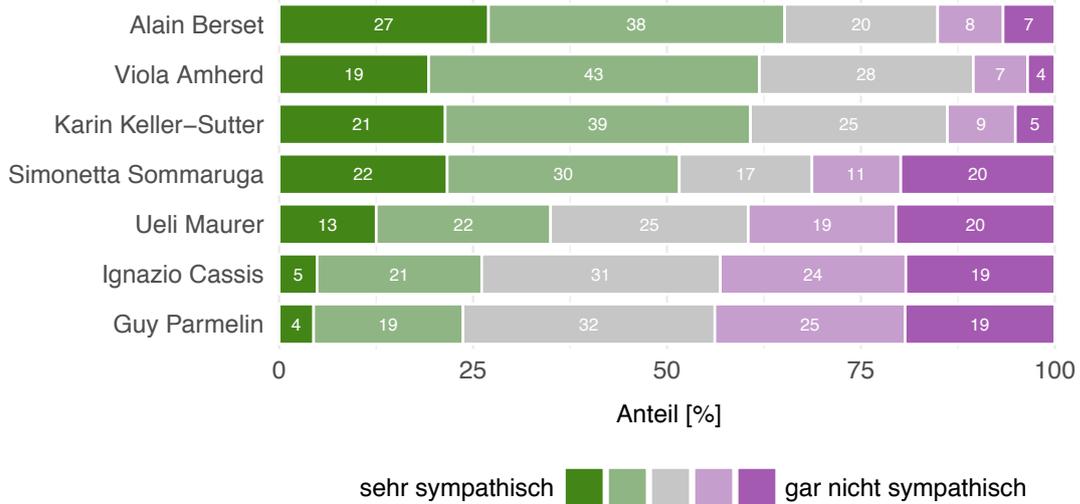


Abbildung 29: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie

Anders als das Einfluss-Ranking unterscheidet sich das Sympathie-Ranking relativ deutlich zwischen den Wählenden der Parteien. Bei allen vier Bundesratsparteien liegt ein Bundesrat der eigenen Partei an der Spitze.

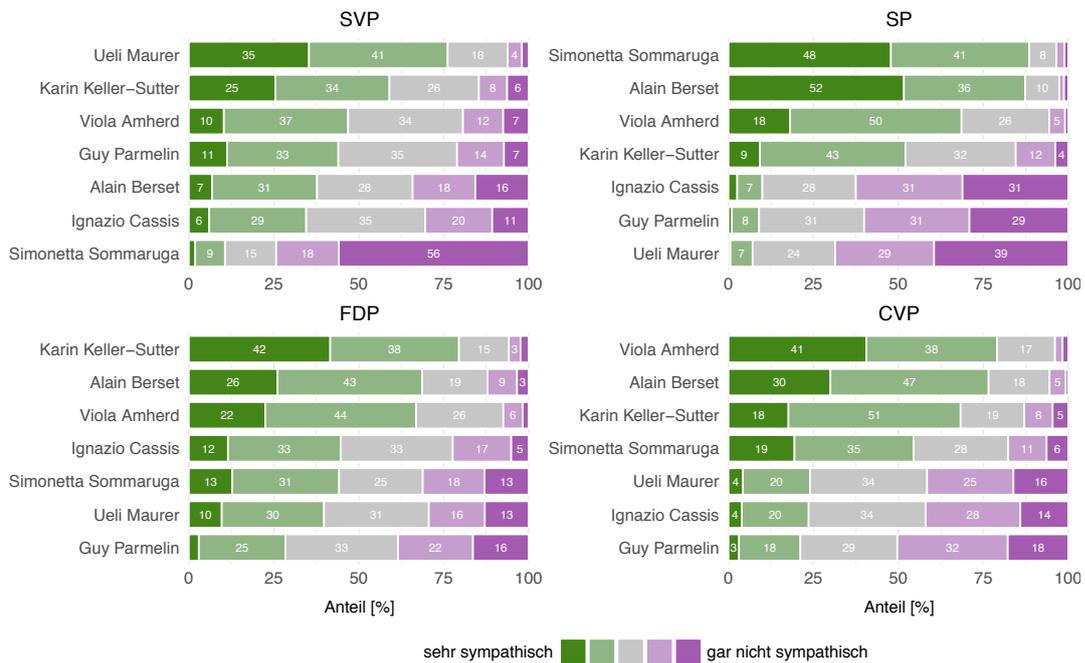


Abbildung 30: Einschätzung der Bundesratsmitglieder nach Sympathie – nach Parteiwählerschaft

4.2 Zufriedenheit mit dem Ständerat am grössten

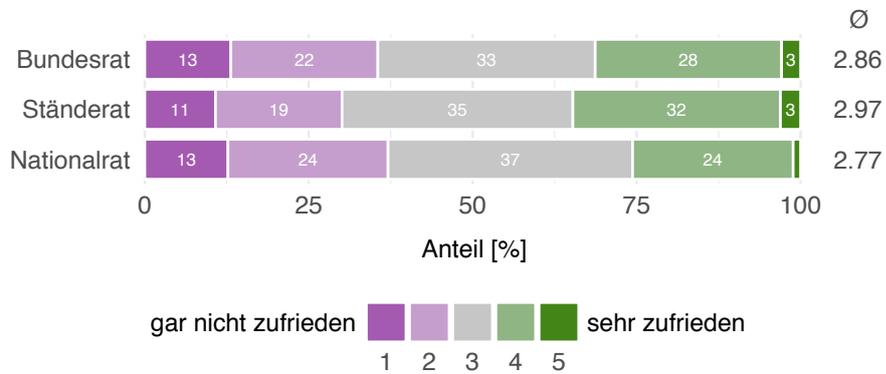


Abbildung 31: Zufriedenheit mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur

Gegenwärtig ist die Stimmbevölkerung mit der Arbeit des Ständerats am meisten zufrieden. Abbildung 31 zeigt die Einschätzung der Arbeit des Bundesrats und der beiden Parlamentskammern auf einer Skala von 1: «gar nicht zufrieden» bis 5: «sehr zufrieden». Während der Ständerat einen Durchschnittswert von 2.97 erreicht, liegt der Wert des Nationalrats bei 2.77 – dies ist der tiefste Wert der drei Kammern. Die Einschätzung des Bundesrats liegt mit einem Wert von 2.86 dazwischen.

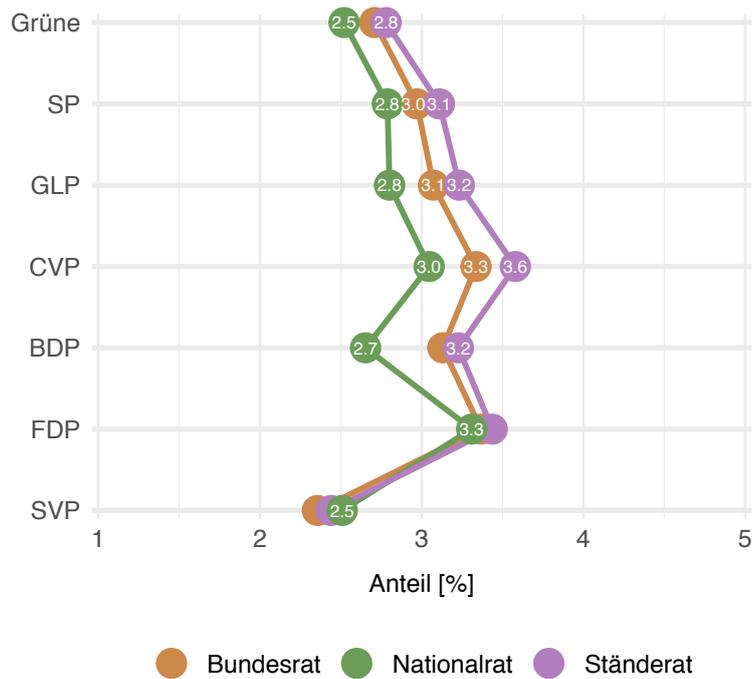


Abbildung 32: Beurteilung der Arbeit von Bundesrat und Parlament in der aktuellen Legislatur – nach Partei

Doch wie zufrieden sind die Wähler und Wählerinnen einzelner Parteien mit der Arbeit von Bundesrat und Parlament? In Abbildung 32 wird ersichtlich, dass die Arbeit des Nationalrats bei den Wählenden fast aller Parteien vergleichsweise am schlechtesten eingeschätzt wird. Einzig bei der Wählerschaft der SVP verhält sich dies umgekehrt. Dort kommen wiederum der Bundes- und der Ständerat verhältnismässig schlecht weg. Dies überrascht nicht, da die SVP besonders im Nationalrat stark vertreten ist. Spannend ist auch, dass insbesondere die Wähler und Wählerinnen der Polparteien (Grüne und SVP) im Durchschnitt die Arbeit aller drei Gremien etwas schlechter einschätzen als die Basis der restlichen Parteien.

4.3 Einschätzung der politischen Ausrichtung der Räte

Wie schätzen die Wählenden die politische Ausrichtung der gewählten Behörden heute ein? Die Befragten wurden gebeten, die aktuelle politische Ausrichtung der beiden Parlamentskammern sowie der des Bundesrats einzuschätzen. Sind diese eher zu links, eher zu rechts oder politisch gerade richtig ausgerichtet?

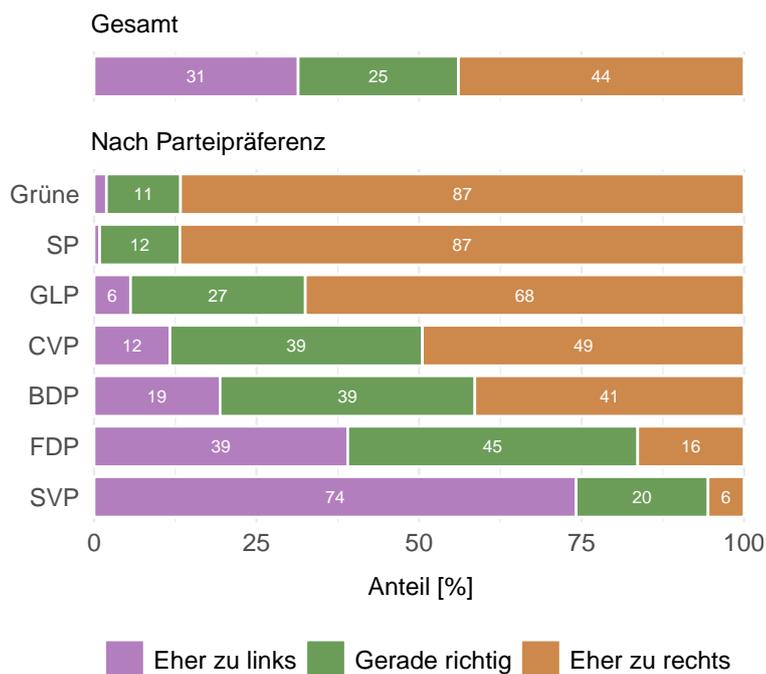


Abbildung 33: Beurteilung der ideologischen Position des Nationalrats – nach Partei

Für 44 Prozent der Wählenden ist der Nationalrat in der laufenden Legislatur politisch eher zu rechts ausgerichtet. 31 Prozent sind der Ansicht, er politisiere eher zu links. Nur gerade ein Viertel sind der Meinung, dass die politische Ausrichtung gerade richtig ist.

Wenig erstaunlich ist, dass unter den Wählenden der Polparteien der Nationalrat jeweils in grossen Mehrheiten als zu rechts (SP, Grüne) oder als zu links (SVP) wahrgenommen wird. Trotzdem findet noch ein Fünftel der SVP-Wählenden, der Nationalrat sei politisch gerade richtig ausgerichtet. Dieser Anteil ist bei Grünen (11 %) und SP (12 %) kleiner. Dies deckt sich auch damit, dass Wählende der Mitteparteien GLP, CVP und BDP den Nationalrat in der Tendenz auch als eher zu rechts ausgerichtet erachten. Einzig von der FDP-Basis, die in der aktuellen Legislatur am häufigsten die Rolle der Mehrheitsmacherin im Nationalrat wahrnimmt, ist ein grosser Anteil von 45 Prozent zufrieden mit der politischen Ausrichtung des Nationalrats.

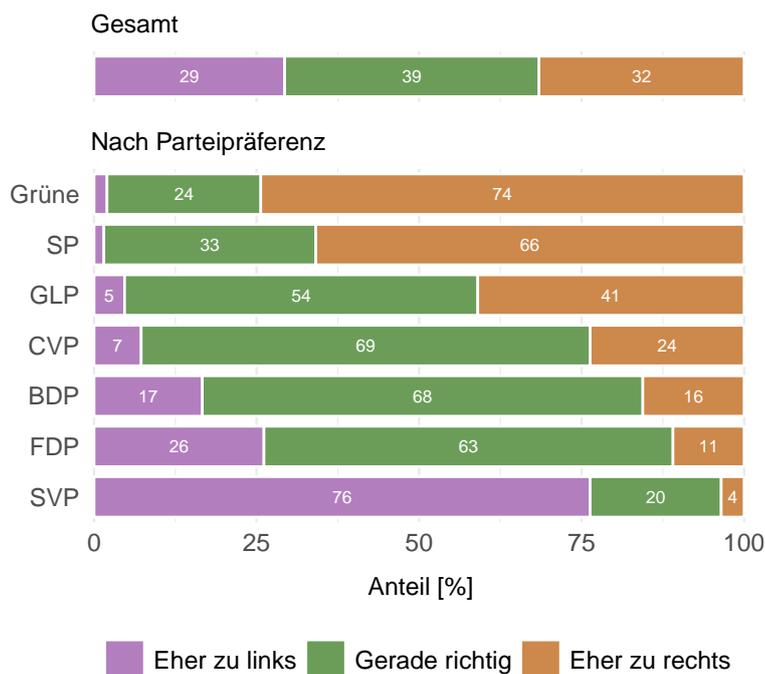


Abbildung 34: Beurteilung der ideologischen Position des Ständerats – nach Partei

Anders als im Nationalrat macht im Ständerat immer noch klar die Mittepartei CVP die Mehrheit. Aufgrund der Personenwahl ist hier die SVP schwächer vertreten als im Nationalrat. Es erstaunt deshalb nicht, dass die Stimmberechtigten die politische Ausrichtung des Ständerats anders einschätzen als die des Nationalrats. Nur 32 Prozent der Befragten sind der Ansicht, dass der Ständerat zu rechts positioniert ist. Dennoch gilt nicht der Umkehrschluss: Während 31 Prozent den Nationalrat als zu links einschätzen, tun dies beim Ständerat sogar nur 29 Prozent. Das auf der rechten Seite häufig gezeichnete Bild des «linken Ständerats» verfängt hauptsächlich bei der SVP-Basis. Von den SVP-Wählenden stimmen dieser Aussage 76 Prozent zu. Obwohl sich die FDP im Ständerat aufgrund der Mehrheitsverhältnisse weniger leicht durchsetzen kann als im Nationalrat, gibt nur gut ein Viertel der Wählenden der FDP an, der Ständerat sei zu links. Auffällig ist, dass insgesamt mit 39 Prozent vergleichsweise viele angeben, der Ständerat sei genau richtig positioniert. Offensichtlich wird die kleine Kammer als weniger ideologisch wahrgenommen als die grosse. Am deutlichsten trifft dies auf die Wählenden von CVP, BDP und FDP zu, wo jeweils rund zwei Drittel angeben, der Ständerat sei genau richtig positioniert.

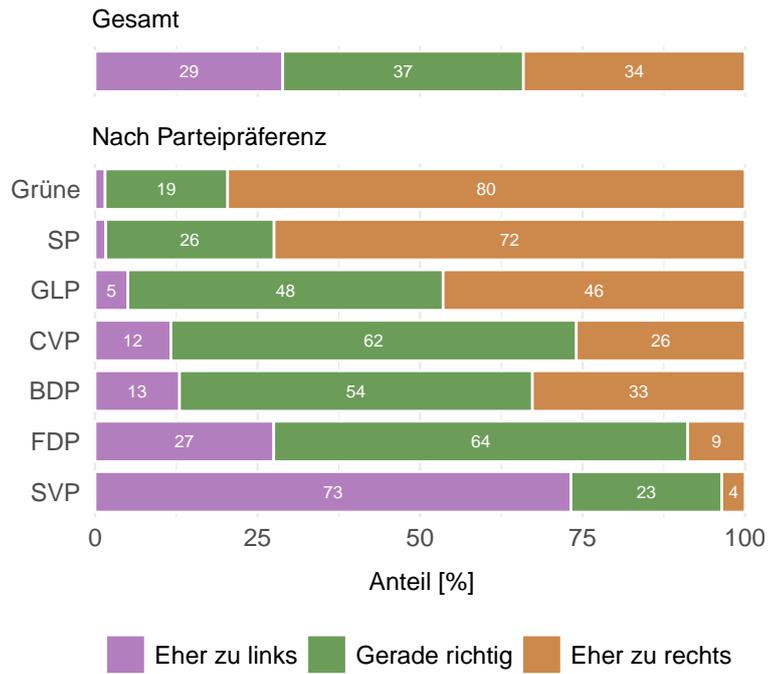


Abbildung 35: Beurteilung der ideologischen Position des Bundesrats – nach Partei

Der Bundesrat wird durch die Befragten häufiger als zu rechts ausgerichtet eingeschätzt (34 %) als zu links ausgerichtet (29 %). Diese Asymmetrie zeigte sich erstmals beim letzten Wahlbarometer vom Februar. Sie deutet darauf hin, dass der neu zusammengesetzte Bundesrat als rechter wahrgenommen wird. Dennoch gilt es festzuhalten, dass die Ansicht, der Bundesrat sei zu rechts, weit von einer Mehrheitsmeinung entfernt ist (anders als die Ansicht, der Nationalrat sei zu rechts).

5 Datenerhebung und Methode

Datenerhebung und Stichprobe

Die Datenerhebung zum SRG SSR Wahlbarometer fand zwischen dem 17. und dem 27. Mai 2019 statt. Die Befragung erfolgte online. Die Rekrutierung der Befragten fand einerseits über die Webportale von SRG SSR, andererseits via Online-Panel von sotomo statt. Nach der Bereinigung und Kontrolle der Daten konnten die Angaben von 10 388 Stimmberechtigten für die Auswertung verwendet werden.

Repräsentative Gewichtung

Da sich die Teilnehmenden der Umfrage selber rekrutieren (opt-in), ist die Zusammensetzung der Stichprobe nicht repräsentativ für die Grundgesamtheit. So nehmen typischerweise mehr Männer als Frauen an politischen Umfragen teil. Den Verzerrungen in der Stichprobe wird mittels statistischer Gewichtungsverfahren entgegengewirkt. Die Gewichtung erfolgt dabei mittels IPF-Verfahren (*Iterative Proportional Fitting*). Neben räumlichen (Wohnort) und soziodemographischen (Alter, Geschlecht, Bildung) Gewichtungskriterien werden dabei auch politische Gewichtungskriterien beigezogen (Stimm- und Wahlverhalten, regionale Parteienstruktur usw.). Durch die Gewichtung wird eine hohe Repräsentativität für die aktive Stimmbevölkerung erzielt. Der Stichprobenfehler, wie er für Zufallsstichproben berechnet wird, lässt sich nicht direkt auf politisch gewichtete opt-in Umfragen übertragen. Die Repräsentativität dieser Befragung ist jedoch vergleichbar mit einer Zufallsstichprobe mit einem Stichprobenfehler von +/-1,5 Prozentpunkten.

